

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

63 (15.3.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-554134](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-554134)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Postgebühren 75 Pfg., bei Zeitungsbestellung 85 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., einschließlich Postgebühren.

Interessante Mitteilungen aus dem Raum für die Inserenten in Münchener-Blättern u. dgl. m., sowie der Füllzahl 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Rühmliche Anzeigen aus kleinerer als der gewöhnlichen Größe werden, so werden sie auch nach erstem berechnet. Preisliste 20 Pfg.

— Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. —

— Sonntagsbeilage. — Filiale in Deynsee: Mühlentstraße 21. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 15. März 1911.

Nr. 65.

Die Hausfrauen und das Frauenwahlrecht.

Unser Glück soll im Hause wohnen. Gebt uns das Recht, Gesetze zu schaffen, die uns ein glückliches Heim schaffen.

Diese Worte können unsere Hausfrauen mit vollem Recht den Reaktionen und Philistern entgegenstellen, die stets auf den Ruf der Frauen nach vollem Bürgerrecht erorteln: „Die Frau gehört ins Haus!“ „Das Haus ist die Welt der Frau.“

Dah diese Sprüche unserer Bürgerphilister eine verlegene Phrase sind, daß sie durch die wirtschaftliche Entwicklung die vielen Millionen Frauen in die Erwerbsarbeit trieb, längst als absurdum gefühlt sind, weisen wir wiederholt nach. Aber auch für die Hausfrauen ist es längst nicht mehr wahr, was „Philistereiweiser“ immer und immer wiederholt.

Die Familie ist seit langem kein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsganzes, sondern vieltausend Fäden sind es, die das Interesse der Frau — der Hausfrau — verknüpfen mit allen öffentlichen und politischen Vorkommnissen und Einrichtungen.

An Stelle vieler Beispiele heute nur eins: Jede gute Hausfrau setzt zweifellos ihren Ehrgeiz daran, neben Ordnung und Sauberkeit, die sie im Hauswesen hält, den Jüngern ein möglichst gutes und reichliches Mahl zu bereiten. Ihr Haushaltsgehalt hat sie, als für sorgfältiger Finanzminister der Familie, sein säuberlich auf die notwendigen Ausgaben der einzelnen Wochentage verteilt. Bei ihren Einkäufen beim Metzger, Bäcker oder Kolonialwarenhändler denkt sie aber, daß sie weit höhere Ausgaben machen muß, als sie in Voranschlag gebracht hatte. Das Fleisch ist um 10 bis 15 Pfg. für das Pfund im Preise gestiegen, der Rastee um 12 Pfg., Brot, Mehl, Käse und eine Reihe anderer Artikel in ähnlicher Weise, Streichhölzer z. B. gar um 20 Pfg. für das Paket. Als „gute“ Hausfrau im Sinne unserer Philister hat sie sich um Politik nicht im entferntesten gekümmert, sie kann sich deshalb absolut nicht erklären, warum plötzlich diese Preissteigerungen kommen, die ein großes Loch in ihren Geldbeutel reißen und ihre ganzen, sorgsam gemachten Berechnungen über den Hausen werfen.

Es weiß zwar: Das Quantum Fleisch, das sie für jeden Tag vorsehen, ist ohnehin schon recht knapp, eigentlich schon ganz unzureichend, aber jetzt muß sie es noch knapper bemessen. Ja, sie überlegt, ob es nicht sogar für einen oder einzelne Tage ganz ausfallen muß. Dah eine Verschlechterung der Kost der Gesundheit nicht zuträglich ist, weiß sie zwar, aber — was machen, wenn halt alles teuer wird.

Ängstlich über die Preissteigerungen hat sie in den Geschäften nicht allzu freundlich nach der Ursache gefragt. „Das machen halt die Steuern“, hat der Verkäufer ihr geantwortet. Zu Hause beim Mittagstisch klagt sie ihrem Manne ihr Leid. In hellem Zorn schlägt der mit der Faust auf den Tisch und erklärt: „Ja freilich, neue Steuern, erhöhte Zölle uns aufzuspanden, das verstehen „die Ritter und Heiligen“ vortrefflich, ob wir darunter zusammenbrechen, was kümmert es sie; ihre Taschen werden dabei voller und voller. Glücklicherweise ist bald Reichstagswahl und da werden wir heraus halten, aber gründlich, mit den Brot- und Fleischwaren!“

Und nun fragt die Frau weiter und weiter und erzählt, wie hoch Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben die einzelnen notwendigen Produkte belasten und damit verteuern. Sie erzählt, daß eine Familie von 4,7 Köpfen außer der Einkommensteuer jährlich 442 Mk. an Zöllen und Steuern zu tragen hat. Sie ist entsetzt über diese Summe und berechnen, um wie viel die Familie sich besser nähren, kleiden, behaulen könnte, wie noch etwas zurückgelegt werden könnte für die Ausbildung der Kinder, wenn diese Belastung nicht wäre, und ihr Entsetzen wendet sich in Zorn, in helle Empörung über jene, die uns diese Steuern und Abgaben auferlegen und damit die Ärmere, arbeitsreichere Familie weit härter belasten als die Familie des reichen Mannes.

Über ihr Mann hat ja gesagt, bei der Reichstagswahl werde man heraus halten mit diesen Volkseindern, man werde sie hinauswählen aus dem Reichstag. Und da legt sie die Frau: „Ja, warum habe ich denn kein Wahlrecht? Bin ich doch bei diesem großen „Reinigungsprozess“ im Reichstags am meisten interessiert. Habe ich als Hausfrau nicht am schlimmsten unter der fortwährend steigenden Steuerlast zu tragen? Soll ich Steuern zahlen, direkte und indirekte noch viel mehr, verlange ich auch einen Einfluß auf Höhe, Gestaltung und Verwendung dieser Steuern. Die Frau ist also plötzlich politisch lebend geworden. Sie empfindet ihre politische Rechtslosigkeit als ein außerordentliches Unrecht, und da bedarf es nur noch eines

Schrittes und sie steht mitten im politischen Kampfe: Im Kampfe gegen den Steuergedrük, im Kampfe ums Wahlrecht.

Die Politik selbst ist es gewesen, die sie zum politischen Leben erweckt hat. Die Politik kam zu ihr in die Küche, sie setzte sich mit ihr zu Tische, sie nahm von ihrem Brot und Fleisch, von Kaffee und Tee, von Petroleum und den Streichhölzern, sie zapfte an ihrem Kleid, sie rückte an den Möbeln und am Küchengeschir: da mußte die Frau auf sie aufmerksam werden, mußte sich mit ihr näher beschäftigen! Und alsbald entdedte sie: Kennen gelernt habe ich „Frau Politik“ jetzt, aber in meinem Interesse beeinflußen und leiten kann ich sie nicht, so lange mir das Wahlrecht fehlt. Also auf in den Kampf um das Frauenwahlrecht!

Wäge der 19. März, der Frauentag, zeigen, daß es Millionen Frauen sind, die von der Politik zum politischen Leben erweckt trugiglich fordern: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“

Der Gedanke, die Propaganda für das Frauenwahlrecht durch Veranstaltung sogenannter Frauentage auf eine agitatorisch wirksame breite Basis zu stellen, ist aus Amerika gekommen. Auf der Frauentagfeier in Kopenhagen beantragte Genossin Jettin, in allen Ländern alljährlich solche Veranstaltungen zu treffen. Der Antrag fand lebhafteste Zustimmung. Im Verlaufe eines Beschlusses des letzten deutschen Parteitages ist dann die Veranstaltung eines Frauentages in Deutschland auf den 19. März dieses Jahres festgelegt worden. Diefem Vorgehen haben sich bereits drei andere Länder angeschlossen, zunächst Österreich-Ungarn. Hier soll in ähnlicher Weise wie bei uns am 19. März für das Frauenwahlrecht demonstriert werden. Vor kurzem haben sich weiter die Genossinnen in der Schweiz angeschlossen, ebenfalls am 19. März im ganzen Lande Versammlungen zugunsten des Frauenwahlrechts abzuhalten. In letzter Woche ist zu den Dänern, in denen am 19. März nach einem großzügigen Pläne Propaganda für die Frauenrechte gemacht werden soll, auch noch Dänemark gekommen. Auch dort hat eine lebhafteste Agitation eingeleitet, um die Verammlungen zu einer eindrudsvollen Demonstration zu gestalten.

So wird der 19. März ein Tag der Internationale und die Genossinnen können stolz darauf sein, daß dieser Tag internationaler Rundgebung der Forderung des Frauenwahlrechts gilt.

Politische Rundschau.

Bant, 14. März.

Der „vaterlandslose“ Nationalliberalismus.

Der Wahlausgang der nationalliberalen Partei in Sieben hat mit 13 gegen 5 Stimmen für die Stichwahl am 21. März Stimmentragende beschlossen. Die bisherigen Führer der Siebener Nationalliberalen Kaufmann, Auley und Krausmüller, die für Unterstügung des Antisemitismus eintraten, haben infolge dessen ihre Vorstandsämter niedergelegt.

Der Zug der Massen geht unumkehrlich nach links. Dieser Tatsache haben jetzt sogar die Siebener Nationalliberalen in ihrer Weise Rechnung getragen. Eine Parole für den Sozialdemokraten auszugeben und damit für Immensitäts-Bündnis Gegenfeitigkeit zu über, selbst der heftigste Nationalliberalismus will seinen Schaden nicht da sinkende Schiff des schwarz-blauen Blokes retten, er gibt die Abstimmung frei und erkennt damit an, daß auch die national-liberalen Wähler berechtigt und unter Umständen durch die politische Lage genötigt sind, in der Stichwahl den Sozialdemokraten zu wählen.

Dah das Vorgehen der Siebener Nationalliberalen für die kommenden allgemeinen Wahlen von großer Bedeutung werden kann, liegt auf der Hand. Bisher hat die Sozialdemokratie im Reichstag noch niemals die Mandatszahl erreichen können, die ihrer Stärke im Volke entspricht. Daran war nicht nur die Ungleichheit der Wahlkreise Schuld, sondern auch der Umstand, daß die 2 1/2 — 3 Millionen der liberalen Wähler, soweit sie bei Stichwahlen zu entscheiden hatten, regelmäßig in ihrer großen Mehrheit nach rechts abgewandten. Wenn die Liberalen ihr Verhalten, so besteht für die Sozialdemokratie die Möglichkeit, das Missverhältnis zwischen Wähler und Mandatszahl wieder etwas abzumildern. Rechte und Zentrum oder können, selbst mit den Polen zusammen, in die Minderheit gedrängt werden.

Auf diese Weise muß aber auch der parlamentarische Einfluß der Nationalliberalen steigen, da dann ohne ihren Zutritt die Bildung einer Regierungsmehrheit nicht mehr möglich sein wird.

Für die Junker bedeutet es aber nicht mehr den Ruf nach dem Ende des Endes, wenn sie in diesen schlechten Zeiten, da ihnen ihre eigenen Wähler in hellen Scharen davonlaufen, selbst auf die liberalen Hilfskräfte nicht mehr zählen dürfen. Kein Wunder, daß der anglisthämische Herr Ceteri in seiner „Deutschen Tageszeitung“ die stärksten Beschwörungsformeln anwendet, um die ungehoramen Weiser wieder in seinen Dienst zu zwingen. Er verleiht die Siebener Schredensnachricht mit diesem Kommentar:

Trotz aller Erfahrungen hätten wir einen derartigen Beschluß für schlechthin unmöglich gehalten. . . . Kommt es anderwärts zu ähnlichen Beschlüssen, so scheidet die nationalliberale Partei aus dem Kreise der nationalen Parteien aus.

Schallendes Gelächter wird diesen neuesten Bannstrahl aus der Dessauer StraÙe begrüßen. Wo auch die Nationalliberalen sind schon nicht mehr national? Schau, Schau, wer hätte es gedacht!

Vor vier Jahren bildeten die Konfervativen mit den Nationalliberalen und den Freisinnigen den „nationalen“ Block gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie und das antinationale Zentrum.

Nach den Wahlen wurde das Zentrum wieder national, dem Fortschritt aber wurde die Würde der „nationalen“ Partei sofort nach dem Bloßbruch feierlich aberkannt. Und jetzt ist die Reihe an den Nationalliberalen. Auch sie scheiden „aus dem Kreise der nationalen Parteien aus“, weil sie nicht immer und auf alle Fälle wollen, wie der Bund der Landwirte will!

Die Entwertung des „nationalen“ Schlagworts ist damit bis zu dem Punkt gediehen, an dem die störende Unklarheit beginnt. Und vielleicht auch der allgemeine Uel! Denn es ist wirklich — auch der internationale Sozialdemokrat muß es empfinden — eine Schande für das deutsche Volk, daß ihm das Wort „national“ nicht mehr sein soll als ein Mittel der schäblichsten Denunziation!

Der Reichszanzler entschuldigt sich.

Die „Kreuzzeitung“ hat vor einigen Tagen eine Zuschrift veröffentlicht, deren Ursprung auf Klein-Iduntau zurückzuführen sein dürfte, und in der dem Reichszanzler scharfe Vorhaltungen wegen seiner Rede im Landtag über die Frage des Antimodernistenbes gemacht worden sind. Darauf kommt nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Wochenrückblick zu sprechen und fährt aus:

„Die Bedeutung der Rede des Ministerpräsidenten ist nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande, soweit uns bisher Stimmen vorliegen, zutreffend erkannt worden. Eine Ausnahme machen selbstverständlich die bekannten radikalen Berliner Blätter; außerdem auch eine Zuschrift an die „Kreuzzeitung“, als teile sie Interessen die den Antisem erwecken könnte, als teile sie Interessen der konfervativen Partei eine maßgebende Rolle in dieser das Gesamtwohl des Landes beruhende Frage zu. Für den Ministerpräsidenten scheidet bei der Behandlung dieser Angelegenheit parteipolitische Erwägungen ganz aus. Wir glauben, daß Ubsicht und auch Ergebnis seiner Ausführungen mit den Worten eines freikonfervativen Redners richtig wiedergegeben sind, daß der Ministerpräsident durch seine Ausführungen dem konfessionellen Frieden in Preußen einen großen Dienst erwiesen hat.“

Der Versuch des Kanzlerblattes, zu beweisen, daß sein Herr und Meister nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Konfervativen stehe, kann als völlig danebengegangen bezeichnet werden. Herr v. Henckelland fährt ein strenges Regiment, und wie sehr man davon in der Umgebung des Reichszanzlers überzeugt ist, das beweist der vom Kanzlerblatt veröffentlichte Entschuldigungssatzel. Dah damit die Konfervativen zufriedengestellt sein werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht anzunehmen und Herr v. Henckelland wird gewiß die nächstbeste Gelegenheit wahrnehmen, dem Kanzler eindringlich zu Gemüte zu führen, daß er den konfervativen Wünschen stets Rechnung zu tragen hat.

Millionärbesuch.

Eine Aktion zum Schutze schambatter Millionäre hat die Berliner königliche Staatsanwaltschaft eingeleitet, indem sie die Korrekturen des des Martinigen Jahrbuchs der Millionäre beschlagnahmt.

Der Regierungsrat a. D. Martin hat sich die Arbeit gemacht, aus der amtlichen Einkommensteuerstatistik und den preussischen Landtagswählerlisten das Vermögen der reichsten Leute in Preußen festzustellen. Einen Teil der gewonnenen Resultate hat er schon in seinem Buche „Unter dem Scheinwerfer“ veröffentlicht. Eine gründlichere Darstellung der

ähnlichen Verhältnis sollte in dem angeklagten Jahr-
buch der Millionäre erfolgen.

Einige Millionäre, denen die öffentliche Ausrufung
ihrer Vermögensverhältnisse nicht paßt, wandte sich
besonders an den Finanzminister. Dieser ließ zu
seinem Kollegen von der Justiz, und als bald setzte sich
die Staatsanwaltschaft in Bewegung. Diese verlangte die
Beschlagnahme des unter der Presse befindlichen Werkes,
und da die Beschlagnahme nicht anders als rechtlich begründet
sein kann, unterstellte man, daß sich der Verfasser das Mate-
rial auf unredliche Weise durch Bestechung eines Beamten
verschafft habe.

Herr Martin aber richtet jetzt an den Justizminister
einen offenen Brief, worin er die Einleitung einer Unter-
suchung gegen die Beamten der Staatsanwaltschaft fordert,
da diese offenbar ungesetzlich gehandelt hätten. Er schließt
sein Schreiben nicht ohne Humor:

Der Unwille einzelner Millionäre, die sich mit Be-
schwerden neuerdings an den Herrn Finanzminister im
Hinblick auf mein kommendes Jahrbuch gewandt haben
mögen, sollte sich nicht gegen mich richten, sondern gegen
den verehrlichen Ministerpräsidenten, der noch nichts zur
Beseitigung des Dreifachverhältnisses getan hat, und
gegen den verehrlichen Herrn Finanzminister, der solange
gegen die durchsichtige amtliche Statistik des Vermögens
und Einkommens zur Verschleierung gelangen läßt.

Man braucht kein Prophet zu sein, um den Ausgang
vorauszu sehen. Eine Untersuchung gegen die Staatsanwaltschaft
wird nicht eingeleitet werden, dagegen wird man das
beschlagene Werk wieder freigeben müssen, und damit
wird die königlich preussische Justizverwaltung um einen
peinlichen Mißerfolg, Herr Martin aber um eine Reklame
reicher sein.

Darüber hinaus hat diese neue Skandalaffäre doch ihre
erhebliche prinzipielle Bedeutung. Es gibt kein Gesetz, das
die öffentliche Darlegung von privaten Vermögensverhältnissen
verboten, und es ist ein starkes Stück, wenn man
versucht, durch überfingerte Interpretationen einen Schutz
für Millionärsinteressen zu schaffen, der gesetzlich nicht
begründet ist.

Solche zärtliche Rücksichtnahme auf das Schamgefühl
der Millionäre verdrängt sich auch nicht mit den Interessen
der Allgemeinheit. Das Volk, das die Millionen schafft, hat
das Recht, die Erfolge kennen zu lernen, die seine Arbeit für
fremde Tälchen gehabt hat. Ein Millionärsvermögen ist eben
eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit.

Wer sich scheut, in das Jahrbuch der Millionäre zu
kommen, für den gibt es einen bequemeren Weg, sich den
damit verbundenen Unannehmlichkeiten zu entziehen. Fonds
und Stiftungen gibt es genug; außerdem wäre sogar der
sozialdemokratische Parteiführer bereit, unseren millionen-
reichen Mitbürgern den Rückzug in ein beschriebenes Privat-
leben zu erleichtern. Wer aber ein großes Vermögen, das
einen nicht unwesentlichen Bruchteil des sog. „National-
vermögens“ darstellt, durchaus in seiner Privatverwaltung
berahnen will, der wird es sich schon gefallen lassen müssen,
daß ihm die Nation gelegentlich einmal über seine Schulter
weg in die Worte schaut.

Das Recht der Geheimhaltung privater Vermögens-
verhältnisse ist ein altes Erbtum aus der Zeit des Manchester-
liberalismus. Dieses Recht noch aber seinen bisherigen
Umfang hinaus willkürlich zu erweitern, geht durchaus nicht
an. Die Treuhänder, die nach Rottensaus bekanntem Aus-
spruch Europa wirtschaftlich (und zum guten Teil auch schon
politisch) regieren, haben kein Anrecht auf Anonymität.

Rins dem preussischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause nahm am Montag dank seiner
konserwativen Mehrheit zwei Resolutionen an, deren
Konsequenz eine weitere Verfassung der Volksschule bedeutet.
Die erste Resolution erludt die Regierung, dafür zu sorgen,
daß bei Einführung einer Vermehrung von Turnstunden in
den Volksschulen die „idealen“ Fächer, besonders Religion
und Deutsch, nicht gekürzt werden; die zweite fordert die
Regierung auf, in Erwägungen einzutreten, auch bei ver-
mehrter Einführung von Rektoren an den Volksschulen den
Einfluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen.

Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Frage
der Schulaufsicht. Wie alljährlich forderten die Redner der
Linken weltliche Schulaufsicht, während konserwativen und
Zentrum die Schule der Kirche ausliefern und die geistliche
Schulaufsicht erhalten wollen. Mittelpunkt der Debatte war
eine Rede des Genossen Liebnecht, der zahllose Fälle
von Amtsmißbrauch der Schulaufsichtsbehörden schilderte.
Eingehend wies er nach, daß der Kampf der Schulaufsichts-
behörden gegen Arbeiter-Turn- und Gesangsvereine und gegen
die freien Jugendorganisationen gesetzwidrig sei; Liebnecht
konnte sich dabei auf die bekannte Entscheidung des Reichs-
gerichts stützen.

Dem Minister war bei dieser Anklage nicht sonderlich
beholdlich zu Mute. Materieell mußte er zugeden, daß die
bisherige Verwaltungspraxis ungesetzlich sei. Er hat sich
jetzt endlich zu einem Geständnis bequemt, durch den die unter-
geordneten Organe angefallen werden, ihre Praxis mit der
rechtsgerichtlichen Entscheidung in Einklang zu bringen. Im
übrigen hütete sich der Minister, auf die einzelnen Fälle der
Liebnechtschen Anklage einzugehen. Eine Erwiderung
wurde unserem Genossen Liebnecht durch einen Schluss-
antrag ummöglich gemacht. — Die Debatte wird heute
Dienstag fortgesetzt.

Der Deutscher Landfriedensbruch-Prozess.

Die Verhandlung richtet sich gegen 15 Angeklagte, die
von sechs Anwälten verteidigt werden. Rechtsanwalt Hein-
rich befindet sich nicht unter ihnen, wie zuerst gemeldet
wurde. Es sind gegen hundert Zeugen zur Stelle, die aber
wenig zu erwarten sind. Die Verhandlung setzt mit der
Vernehmung der Angeklagten ein. Der Angeklagte des
Bauführerarbeitersverbandes, Genosse Fröhlich, und der Ar-
beiter Vaul Schulz sind beschuldigt, am 1. Oktober d. J.
einen Mordversuch ausgeführt zu haben. Der Angeklagte

Duopper soll eine schwere Körperverletzung mit tödlichem Er-
folge verübt haben.

Genosse Fröhlich gab eine Darstellung der Voh-
bewegung, die zu den der Anklage zugrunde liegenden Vor-
gängen führte. Als Mitglied der Kommission, die die Tarif-
verträge für das Grund- und Abdruckgewerbe in Köln zu
überwachen hatte, habe er sich an den Unternehmer Lötter
gewandt, um ihn zur Innehaltung des Tarifs zu ver-
anlassen. Fröhlich befindet, in einer Versammlung gelüftet
zu haben: „Wir werden die Baustelle schon säubern; wer
dahin geht, tut es auf eigene Gefahr.“ Er habe vielmehr
vom Streik abgeraten, weil nur sechs Mann unterstützungs-
berechtigt gewesen seien und habe erklärt: „Wenn Ihr den
Streik beschließt, tut Ihr die Baustelle sauber bleibt.“ Diese
Wendung habe selbstverständlich keinerlei gewalttätige Ab-
sichten ausgesprochen. Fröhlich bestritt auch, sich irgend einer
Mordung schuldig gemacht zu haben.

Die Anklage behauptet weiter, daß schon in einer Ver-
sammlung vom 2. Oktober in Köln aufgefordert worden
sei, nach Deutz zu gehen, um die Baustelle zu säubern.
Fröhlich gab eine eingehende Darstellung der Situation.
In einer Besprechung am Abend des 3. Oktober habe er
ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die Polizei bis
dahin korrekt verhalten habe und die Arbeiter sich deshalb
auch keiner Gewalttätigkeiten schuldig machen dürften, damit
die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten erhalte. Die
Anklage behauptet nun, von dieser Besprechung seien die
Arbeiter im „Sturmsturm“ nach der Baustelle gezogen, weil
sie dazu aufgefordert worden seien. Fröhlich trat dieser Be-
hauptung entschieden entgegen, er habe stets zur Ruhe und
Besonnenheit ermahnt.

Die Verhandlung wandte sich dann der Vernehmung
der einzelnen Angeklagten zu. Einige gaben zu, gehört zu
haben, daß man sich verabredet habe, nach der Baustelle in
Deutz zu gehen; einer gab zu, gegen Schulze mit Steinen
geworfen zu haben.

Die Sitzung wurde darauf auf heute Dienstag vertagt.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. März. Zum Oberpräsidenten der Provinz
Westfalen wurde an Stelle des verstorbenen Staats-
ministers Freiherr von der Rede Regierungspräsident Prinz von
Ratibor und Corvey in Koblenz und zum Regierungspräsi-
denten von Köln an Stelle des in den Ruhestand tretenden
Freiherrn von Fund Geheimrer Oberregierungsrat, vor-
tragender Rat im Ministerium des Innern, Dr. jur. Drews-
Berlin ernannt.

— Ein im Reichstage eingebrachter sozialdemo-
kratischer Antrag fordert die Unterstellung aller gewerblichen
Vergütungen, insbesondere der bei Gewinnung und Ver-
arbeitung von Zerkahmmlingen, Weizen, Blei, Schwefel,
Sticksstoffverbindungen, Quecksilber und Phosphor vorkommen-
den, unter die ärztliche Anmeldepflicht.

Reichsberggesetz. Die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag
wolle beschließen: den Herrn Reichsfinanzler zu ersuchen, dem
Reichstage tunlichst bald einen Entwurf eines Reichsberg-
gesetzes vorzulegen, durch welches das Bergrecht einheitlich ge-
regelt, insbesondere 1. die Maximalhöhezeit der Bergarbeiter,
je nach den vorhandenen Wärmegraden und der Röhre, auf
6 bis 8 Stunden beschränkt wird; 2. das System der
Arbeiterkontrollen und der gestaute Bergarbeiter besser
ausgebaut wird; 3. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter
unter Tage gänzlich verboten wird; 4. ein einheitlicher
Knappheitsfallverband für das deutsche Reich gegründet
wird; 5. für die Bekrretarwesen in Knappheitsfällen das
gleiche getrimte Wahlrecht vorgeschrieben wird.

Dem Verdienste seinen Orden. Kriegsminister v. Seezingen
und einige seiner Offiziere sollen als Anrechnung für ihre
„Verdienste“ am Juliandkommen des neuen Quinquennas
Orden bekommen. Diese „Auszeichnungen“ sind gewiß sehr
leicht verdient, denn von Bemühungen oder Kämpfen konnte
ja gar keine Rede sein, nachdem die bürgerlichen Parteien
von allem Anfang an bereit waren, die Militärvorlage in
ihrem vollen Umfang zu bewilligen. Oder sollten die „ver-
dienstlichen“ Kämpfe auf einem anderen Gebiete ausgetragen
worden sein? Etwa zwischen Kriegsministerium und Reichs-
schatzamt? — Doch Herr Werthum und seine Käse Orden
bekommen, ist schließlich eher zu verstehen, denn die Durch-
setzung der Wertzuwachssteuer hat tatsächlich harte Arbeit
gelost. Schließlich ist es ja auch gleichgültig; eben wieder
ein paar Sterne mehr am verkehrten Ort.

Kampf gegen die freie Jugendbewegung. Die Jugend-
organisation in Frankfurt a. M. erhielt vom Polizeipräsi-
denten Schreyberg die Mitteilung, daß die Jugendorgani-
sation nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes als ein
politischer Verein anzusehen sei und deshalb von ihm auf-
gelöst werde. Die Jugendorganisation hatte sich aber schon
vorher selbst aufgelöst; die Maßregel des Herrn Polizei-
präsidenten war daher höchst überflüssig.

Wendenburgische „Aldungen“. Nach einer Mitteilung
der „Wendenburgischen Partei“ aus Wismar wird am
Montag oder Dienstag ein Regierungskreis erwarteter und
„vielleicht“ die Herausgeber der letzten Beratungen zwischen
Kommission und Deputierten an das Plenum. Am Mit-
woch würden die Stände einzeln unter sich beraten. Diese
Besprechungen dürften dafür entscheidend sein, ob noch auf
diesem Landtage etwas Positives geschaffen werde. Am
Freitag würde dann die Verfassungsvorlage vor das Plenum
gebracht werden.

Hinfallend.

Berücksichtigung des russisch-chinesischen Konfliktes? Der
„Oberberet“ meldet aus Petersburg, daß der russisch-chinesische
Konflikt eine bedenkliche Wendung genommen hat, da das
Kaisertum eine Until in Peking sich endgültig geneigt habe,
die russischen Forderungen bezüglich der neuen Konjulate zu
erfüllen.

Mexiko.

Die Arlegestimmung teigert sich. Nach einem Zeit-
gramm aus Douglas (Arizona) ist es am Sonntag bei
Agupicita (Mexiko) zu einem Gefecht gekommen. 5000 Kauf-
ständige tauchten aus einer Bergschlucht auf und wurden
sogar von einer 300 Mann starken Truppenabteilung an-
gegriffen, die sich schließlich zurückzog. 35 Mann sind ge-
fallen. Nach Winterterminale aus El Palo sollen in dem
Treffen bei Casas Grandes 50 Amerikaner auf Seiten der
Kaufständischen getötet oder verwundet worden sein.

Nach einem Telegramm aus El Palo herrschen in
Nordmexiko panikartige Zustände. Die Insurgenten in den
Staaten Chihuahua und Sonora zerstören die Eisenbahnen
und Telegraphenleitungen und belagern zahlreiche Städte,
in denen sich tausende von Frauen und Kindern ohne
Nahrung in hilfloser Lage befinden. Nach einer Meldung,
anscheinend aus zuverlässiger Quelle, wurden im letzten
Kampfe bei Casas Grandes 15 Amerikaner getötet und 17
gefangen genommen. Telegramme aus der Hauptstadt
Mexiko geben Gerichte wieder, wonach die Landespolizei
am Sonnabend 120 Insurgenten bei San Bartolito auf-
rieb, von denen 50 gefallen sind. Die Lage in Chihuahua
ist die denkbar traurigste. Zahlreiche Industrien stehen still.

Soziales.

Sant, 14. März.

Achtung, Wähler! Achtung, Wähler!

Seht die Wählerlisten nach, die auf den Gemein-
dabureaus jetzt aufliegen. Wer nicht in der Liste steht, darf
nicht wählen!

Die engere Stadt besteht aus den bisherigen Gemeinden
Sant und Heppens und (kurz angedeutet) aus folgenden
Teilen von Neuende: Genossenschaftsstraße bis Mitte
Bismarckstraße, Straße östlich des Fußweges von der Bi-
smarckstraße zur Neuender Kirche (die Kirche bleibt im Stadt-
gebiet), südlich und südöstlich der Kirchstraße, des schwarzen
Weges und des Neugrodenener Weges. Nordwestlich dieser
Grenze liegt das Stadtgebiet.

Das Frauenwahlrecht eine Kulturforderung.

Dieses Thema wird am Sonntag in allen größten Orten Deutsch-
lands in öffentlichen Frauerversammlungen erörtert werden.
Es gilt, der Frauenbewegung mehr Raum zu geben.
Für Kämpferinnen-Wilhelmschauen ist zu Sonntag mittag
1 Uhr in Cadewallers „Tivol“ eine allgemeine Frauen-
versammlung angesetzt. Außerdem sollen Flugblätter zur
Verbreitung kommen. Alle Genossinnen werden ersucht, sich
hierzu zu beteiligen. (Siehe Anzeiger.) Donnerstag nach-
mittag 2 Uhr mögen sie sich im Parteibureau einfinden.

Der sozial. Wahlverein für Kämpferinnen und Wilhelm-
schauen hält heute abend im „Tivol“ eine Versammlung ab.
Auf der Tagesordnung steht die Kommunalpolitik, Fort-
setzung der Beratung aus voriger Versammlung.

Der Konsum- und Sparverein für Sant und Um-
gegend hält morgen abend im „Odeon“ seine ordentliche
Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht die
halbjährliche Geschäftsübericht, Ergänzungswahlen zum
Kulturrat und der Entwurf einer Anweisung für den Mit-
gliederausfluß.

Die Damenbedienun in Wirtschaften ist durch die
Ministerialverordnung vom 30. April v. J. arg unterbunden
worden, sodas viele Wirtschaftsinhaber ihre Damenbedienun
aufgaben. Jetzt ist dem Landtage von neun Sante
Wirten eine Petition zugegangen, in der eine Aenderung
der Ministerialverordnung beantragt wird. Es heißt in der
Petition: „Es ist geradezu unmöglich, alle Bestimmungen
zu befolgen. Der Geschäftsbetrieb wird völlig unterbunden.
Die Folgen sind nicht abzusehen.“

Während zurzeit des Inkrafttretens der Verordnung
noch 44 Wirtschaften mit Damenbedienun in Sant bestanden,
sind diese jetzt auf neun zusammengelumpft, da bei dieser
Verordnung kein Wert sein Auskommen findet. Zweifellos
ist der Zweck der Bekannmachung mit der gewissen, dem
vorhandenen Uebelstand an Wirtschaften mit Damenbedienun
zu steuern. Dieser Zweck ist aber auch völlig erreicht, da
neue Wirtschaften mit Damenbedienun nicht mehr konstatieren
werden. Man kann wohl sagen, daß die Wirte, die bei
dieser strengen Bestimmungen die heute ihre Existenz be-
wahrt haben, eine harte Probezeit hinter sich haben und sich
in dieser Zeit als zuverlässig bewährt haben.

Mit Rücksicht hierauf bitten die Unterzeichneten nun-
mehr einige Bestimmungen durch die das Wirtschaftsgewerbe
besonders bedrückt wird, aufzuheben. Zu diesen Bestim-
mungen gehört besonders der Schlußatz des § 10: „Sie
dürfen nicht mit den Gästen zusammen trinken, oder Ge-
tränke oder Speisen von ihnen annehmen.“ In dieser Be-
stimmung liegt eine große Gefahr für die Wirte, da es
nur zu oft vorkommt, daß ein Gast den Wunsch hat, ein
Glas Bier zu spendieren, und wenn es abgelehnt wird, sich
dadurch beleidigt fühlt. Auch führt die Bestimmung in
ihrer äußersten Konsequenz sogar dahin, daß eine Kellnerin
eine Tafel Schokolade oder sonstige Kleinigkeiten nicht an-
nehmen darf. Der Zweck, zu verhindern, daß ein Gast
unnötig viel Geld ausgibt, wird schon durch das Verbot
erreich, daß die Kellnerin nicht Speisen erbiten oder zum
Trinken animieren darf. Dagegen ist die weitere Bestimmung
direkt ein Ausnahmestück, da z. B. nichts dabei gefunden
wird, wenn ein Gast der Kellnerin ein Glas Bier spendiert.
Die Folge dieser Bestimmung ist doch die, daß der Verkehr
von Sant ganz nach Wilhelmshaven gezogen hat, weil
in Wilhelmshaven eine derartige Bestimmung nicht gilt.
Dadurch werden nicht nur die unterzeichneten Wirte in
erster Linie betroffen, sondern auch die Allgemeinheit er-
leidet einen großen Schaden.

Mit Rücksicht hierauf und mit Rücksicht auf die be-
drängte Lage, in der sich die Unterzeichneten befinden,

wiederholen die Unterzeichneten gehorsamt ihre Bitte um Aufhebung dieser Bestimmung.

Der Hefe „Konjul“ im Variété Adler. Vom 16. d. Monats ab wird hier im Variété „Adler“ der durch seine Intelligenz so berühmt gemordete Hefe Konjul vorstellend geben. Überall wo er gezeigt wurde, hat er großes Aufsehen erregt, vor allem bei den Vertretern der Wissenschaft. Wir lesen da in einer Rezension: „Schon die Erscheinung ist interessant. Ein kräftig gebauter Schwimmanne von der Größe eines Hühnerhalses mit menschenähnlichen Zügen erscheint an der Hand seines Lehrlingens. Bekleidet mit Hut, Rock, Hosen und Schuhen macht er dem Publikum seine Reverenz, legt sich gemessen an einen Tisch, schenkt sich und seinem Lehrling ein Getränk aus der Flasche ein, entzündet mittels eines Zündholzes eine Zigarette, raucht eine Zigarette und spielt eine Partie Schach. Ganz überaus schön wirkt es dann wieder zuhause. Nicht etwa, daß er probierte, noch welcher Seite der Schüssel zu drehen ist. Er wuchte genau, daß nach rechts aufzuschließen und dann nach links zuzuschließen ist. Verblüffend wirkt die Entschlüsselung, insbesondere die Geschwindigkeit, mit der er seine Laubbühne aufschloß. Bevor er sich in sein elegantes Bett legt, verzehrt er sogar nicht jenes intimen Vorgesangenen, den öffentlich zu zeigen nur einem Wissen erlaubt ist. Die zweite der Produktionen zeigt Konjul als Kadobaher. Wie er in vollkommener Nachahmung menschlicher Fertigkeit aus Kad freigt, frei herumfährt, sein Kad zwischen aufgestellten Pfählen kreuz und quer lenkt, über eine Wippe und eine Treppe fährt, muß man gesehen haben, um es glauben zu können. Neben „Konjul“, der natürlich das Hauptinteresse abfordert, enthält das Programm noch eine stattliche Reihe erlerter Akte. — „Konjul“ wird auch hier in den nächsten vierzehn Tagen ein Hauptgesprächsthema werden und große Anziehungskraft ausüben.

Marinenschriften. Für die Auffindung des am 17. August v. J. in der Rielter Bucht untergegangenen Zoodobootes S 32 hat die Rielter Werft jetzt 300 Mk. ausgesetzt.

Zu einer gemeinsamen Übung im Frottenverbande vereinigten sich das 1. (Korbe-) und das 2. (Liese-) Geschwader sowie der Verband der Aufführungsschiffe der Hochseeflotte gegenwärtig bei Elgen, wohn die Uminerschiffe des 1. Geschwaders und die Kulläder am Sonntag von Kiel in See gegangen sind. Die gemeinsamen Übungen sollen bis zum Schluß der Woche dauern.

Prozess Rühemann gegen Baufräule Lange beendet. Der im Jahre 1907 von dem Bädermeister Herrn Rühemann gegen die Baufräule Ludwig Lange Hannover-Wilhelmshaven angebrachte Prozeß auf Schadenersatz von 20 500 Mk. wegen Verletzung eines Hauses Lönitzstraße Ecke Koonitzstraße, angeblich entstanden durch den Bau der Kanalisation in der Lönitzstraße durch die Baufräule Lange, ist nunmehr beendet. Rühemann war in der 1. Instanz (Müritsch) mit seiner Klage abgewiesen und hatte alsdann Berufung gegen dieses Urteil vor dem Oberlandesgerichte in Celle eingelegt und gleichzeitig das Prozeßobjekt (Schadenersatzanspruch) auf 80 000 Mk. erhöht. Dieses ist jedoch nichtig erklärt worden auf den ersten Betrag reduziert worden, jedenfalls da man schließlich schon den unangünstigen Ausgang des Prozesses vorausah. Am 7. März 1911 ist denn auch das vor einigen Wochen ergangene Berufungsurteil rechtskräftig geworden. — Der Prozeß dürfte wieder keinen Bekanntheit sein. Besonders durch die im Juni 1909 vom Rühemann veröffentlichten Inserate, in der eine juristische Kraft gesucht wurde, die auch im Bauhof nicht ganz unbewandert und schriftstellerisch gewandt genug sein sollte, um einen (obigen) „bedeutenden Prozeß“ so scheinbar darzustellen und beleuchten zu können, daß vielleicht Maximilian Harden's Zukunft oder andere namhafte Organe sich gern bereit finden würden, die genossenschaftliche Schilderung des Prozesses in ihre Spalten aufzunehmen.

Eine Fensterreinigungsanstalt haben hier die vereinigten Glasmeister von Wilhelmshaven und Rastlingen gegründet.

Soheps, 14. März. Zur Gründung einer Wagenbauwerkstätte findet Donnerstag abend 8 Uhr wieder eine Versammlung im „Tivol“ statt. Zutritt erhalten die Interessenten nur durch Vorzeigung einer Karte, die im Rathaus erhältlich ist. (Siehe Bekanntmachung im Inseratenteil d. Bl.)

Aus dem Lande.

Odenburg, 14. März. Die Wahlvereins-Versammlung am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Schuhmacher, Kurwäldstraße, sollte von jedem Genossen besucht werden. Zur Tagesordnung steht außer Vortrag die Kandidatenfrage zum Landtag.

Der Konjunkturverein hält seine Generalversammlung am Sonnabend den 25. März, abends 8 Uhr in Doodts Gasthause ab (siehe Inf.). Das abgelaufene Geschäftsjahr hat wiederum einen steigenden Umsatz und eine Vermehrung der Mitgliederzahl gebracht. Die Einrichtung der Fleischerei hat sich gut bewährt und sollen die Mittel bewilligt werden für Errichtung eines weiteren Fleischereibaus in der Verkaufsstelle der Kurwäldstraße. Damit würde der Verein dann drei Fleischereibaus besitzen. Gegenwärtig schlachtet der Verein monatlich circa 70 Schweine. — In den Monaten Januar und Februar d. J. ist der Umsatz des Vereins gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres wiederum um circa 30 000 Mark gestiegen.

Streiteweg-Abend am Donnerstag den 16. März 8 1/2 Uhr im Vereinshaus!

Einwarden, 14. März.

Folgende Entgegnung der Direktion der Schiffswerft J. Freichs & Co. auf unseren Beschlagnahmebericht der Arbeiter der Freichshofen Werft finden wir in der „Wut.“: „Es ist nicht richtig, daß wir uns weigern, bezügl. der Überarbeit, dieselben Zugeständnisse zu machen, wie die Bremerhavener Werften. Wir haben dieselben Sätze wie die Bremerhavener Werften bewilligt, um jedoch dabei auf den § 7 unserer Geschäftsordnung bezogen und schreiben daher über diesen Punkt nach Verhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und uns.“

Onden, 14. März.

Öffentliche Versammlung der Rehriderinnen. Der Transportarbeiter-Verband hatte Sonnabend abend 8 1/2 Uhr eine Versammlung nach dem Galtshof Lindenhol einberufen, um Stellung zu nehmen zu der Aussperrung der Rehriderinnen der Springstischerei Reptun. Als Referent war der Genosse Stukenbrock erschienen, der sich in sehr eingehender Weise über die Verhältnisse der Differenzen der Rehriderinnen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Reptunstischerei verbreitete. Im November forderte die Direktion die Rehriderinnen auf, bei Sturm und Regen draußen zu arbeiten, welches verweigert werden mußte aus Gesundheitsrückichten. Hierauf meinte der Direktor, Herr Dr. Kohl, wenn sie nicht wollen, dann könnten sie es lassen, er würde dann den ganzen Betrieb bis Neujahr schließen. Wenn ihm die Geschichte auch 5000 Mark koste, ihm läge nichts daran. Dr. Kohl vertritt eben auch den Standpunkt so vieler Arbeitgeber, nämlich das „Herzhaushaus“. Bald darauf wurde den Arbeiterinnen eine Erhöhung des Lohnes versprochen. Als nun dieselben darauf drangen, wurde ihnen die Lohn-erhöhung verweigert. Die Arbeiterinnen mußten sich fügen, da sie durchaus keinen Rückhalt hatten, schlossen sich dann aber dem Transportarbeiter-Verband an. Das war jedoch der Direktion unwillig. Es wurde mit den Arbeiterinnen ein Kontrakt abgeschlossen, außer fünf, die wären ja doch im Verbands“. Die Frau Dr. Kohl sagte den Arbeiterinnen ganz salbungsvoll, sie dürften doch nicht der Direktion untreu werden, sie sollten doch lieber dem Evangelischen Arbeiterverein beitreten. Nebenbei sei bemerkt, daß Frau Dr. Kohl Vorsitzende des Evangelischen Arbeitervereins ist. Wenn Frau Dr. Kohl meint, sich für die Arbeiterinnen betätigen zu müssen, so hätte sie allen Anlaß, die janiären Verhältnisse in ihrer aller nächsten Umgebung (auf den Rehböden) aufzubessern. Wie es dort aussieht, sei nur erwähnt, daß die Bedürfnisanstalten sich auf den Rehböden selbst, wo die Mädchen tätig sind, befinden. (Mit dieser Sache hat sich auch schon eine Generalversammlung der Christenlehre beschäftigt.) Hier sollte die Gewerbeinspektion denn doch endlich eingreifen. Auch die Lohnverhältnisse sind haarsträubend. So erhalten die Mädchen einen Stundenlohn von 21, 19, 16 und auch — 5 Pfg. Einige ältere Mädchen, die schon lange auf den Wöden tätig sind, erhalten 30—35 Pfg. Sehr interessante Schlussfolgerungen machte der Referent von einer Klasse. Es gab auch Akkordarbeit. Die Arbeiterinnen erhielten für eine geleistete Arbeit eine gewisse Summe. Fehlte nun eine Arbeiterin, so floß deren Lohn in diese Klasse, welche von der Hofstra (Vertrauensperson des Evang. Arbeitervereins) verwalten wurde. Diese Gelder wurden am Jahresabschluss unter die Arbeiterinnen je nach Leistung verteilt. Nun soll nachgewiesen werden sein, daß mit dieser Klasse ein arger Mißbrauch getrieben worden ist. Danach sollen in vier Jahren über 1500 Mk. unterzogen oder wenigstens nicht verteilt worden sein. Die Klasse der Herr Direktor sein „Herzhaushaus“ anwenden. Ein eigenes Bewandnis ist es mit der Rehrischule, welche von dem Evang. Arbeiterverein unterhalten wird, an deren Spitze natürlich wieder die — Frau Direktor Dr. Kohl steht. In dieser Rehrischule nun werden Mädchen unentgeltlich in Rehrstriden ausgebildet, ja, auch Kinder unter 14 Jahren werden dieser Schule einverleibt. Daß die Rehriderinnen diesem Treiben sehr pessimistisch gegenüberstehen, ist nicht zu verwundern, zumal diese Rehrstridschule sich schon „bewährt“ hat. Die erste Forderung mußte sein: Abschaffung der Rehrischule. Das Referat wurde von der Versammlung, welche von circa 300 Personen besucht war, mit großem Beifall aufgenommen. Wie sehr man aber die Dessenlichkeit scheut, zeigt, daß trotz spezieller Aufforderung und Zustimmung voller Redefreiheit die Direktion der Reptunstischerei nicht erschienen war. Der Evangelische Arbeiter- und Arbeiterinnenverein hatte es für nötig gehalten, durch folgendes Inserat in den hiesigen Blättern auf die Versammlung hinzuweisen: „Achtung! Mitglieder des evangelischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins, besucht die Versammlung des Transportarbeiterverbandes nicht. Die Interessen unserer Mitglieder werden wir zu wahren wissen. Die vorerwähnten Vorstände.“ Zu diesen vereinigten Vorständen gehört selbstverständlich auch wieder — Frau Direktor Dr. Kohl, dieselbe Frau, die sich so sehr für die Arbeiterinnen interessiert. Das Inserat wurde von dem Referenten gebührend gewürdigt. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Volksversammlung nimmt Kenntnis von den Lohn- und Arbeitsbedingungen der hiesigen Reptunstischerei. Die Versammlung verurteilt das Gebotenen der Fischereidirektion auf das Entschiedenste und erklärt sich mit den Arbeiterinnen solidarisch. Die Anwesenden, insbesondere die Emdener Arbeiterschaft, verpflichten sich, die Arbeiterinnen nach jeder Richtung zu unterstützen. Auch verpflichten sich die Anwesenden, in jeder Weise für die Ausbreitung der freien Gemeinlichkeit zu sorgen, denn nur sie sind es, welche die Interessen der Arbeiterschaft voll und ganz vertreten.“

Wir bitten die arbeiterfreundlichen Blätter, insbesondere die holländischen, hieron Notiz nehmen.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Am Sonntag fiel beim Soleten in Borlum ein 7-jähriges Kind in einen Graben und erkrankte. — Verhaftet wurde in Norddehnham ein Hausdieb, der sich an Schuhböden vergangen hatte. — Zweifelsfrei ausgehakt werden soll die Stredde Oldenburg-Quafenbrück.

Aus aller Welt.

Familien drama in Berlin. Dem unmittelbaren Anlaß zu einem Giftmorde, der im Südosten der Stadt in der Nacht zum Sonntag eine Frau an ihrem dreijährigen Kinde verübte, ging ein Familienaufruhr voraus, in dem der Mann am Freitag abend den kleinen Sohn aus dem Bette rief und ihn auf den Treppensprung warf. Darauf bedrohte er die Frau. Er wurde wegen einer unerwünschten Körperverletzung verhaftet und als am Sonnabend das förmliche Verhör auftrat, der Mann sei auf der Reviernacht entsprechend, fürchtete die Frau seine Rache und beschloß, mit ihrem Kinde in den Tod zu gehen. Als sie das Kind mit Ghanfall vergiftet hatte, schickte ihr der Mut, sich selbst das Leben zu nehmen. Sie ging nachts um 2 Uhr zu einer vorbereiteten Schwester und lehrte mit dieser am Sonntag vormittag nochmals in die Wohnung zurück. Dann stellte sie sich der Polizei.

Die Flotte des „Kaisers der Sahara“ beschlagnahmt. Nach einer Meldung aus Las Palmas (Kanarische Inseln) ist der bekannte französische Milliardär Lebaudy, der „Kaiser der Sahara“ genannt, im dortigen Hafen eingetroffen. Das Gericht in Las Palmas legte Beschlagnahme auf das kanarische Geschwader, bestehend aus den Jachten „Dahila“ und „Frasquita“. Lebaudy schiffte sich dann auf Anordnung des Regierungsdelegierten auf einem Dampfer nach Bisabon ein.

Kleine Tageschronik. Bei einem Spaziergange heute das Pferd des Oberkammerherrn von Schönemann in Magdeburg und wurde gegen einen Laternenpfeiler. Der Reiter wurde schwer verletzt und starb bald nach dem Sturz. — In Hedendorf bei Buxtehude brannte das Gehöft des Bäckers Niets nieder. Drei Pferde und drei Schweine blieben in den Flammen. — In einem Weidenhause liefen Brunnen unter in Schluß zu bei Müden der Brunnenbauer wurde verhaftet. Seine Leiche wurde geborgen. — Beim Konzerten mit einem Revolver ging ein Schuß los und wurde in Neumünster ein junger Kaufmann schwer verletzt. — Große Unterschlagungen in einem Pelzgeschäft in Hamburg wurden entdeckt. Fünf Angestellte kamen in Haft. — Sechs goldmünzen fanden in Berlin in der teils Papier, teils Silbergeld nachgemacht. — Einem Einmünder in Köln wurden 50 000 Mark gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Neueste Nachrichten.

Magdeburg, 14. März. Zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde vom hiesigen Schwurgericht der Kaufmann Antilellius, der bei dem Einbruch in die Wothode den Befiger niederschloß. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf lebenslängliches Zuchthaus.

Düsseldorf, 14. März. Das Schwurgericht verurteilte den holländischen Arbeiter, der am ersten Weihnachtstage vorigen Jahres einen Galtsitzer, der vor seiner Tür stand, erschlag, zu zehn Jahren Zuchthaus.

Frankfurt a. M., 14. März. Ein griechischer Geländes, elektrische Wellen einem aufgelassenen Freiballon nachzufinden, die von den Balloninsassen durch den mitgenommenen Apparat bis zu einer Höhe von 500 Metern sehr gut aufgenommen wurden.

Guben, 14. März. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie beschloß, vom 1. Oktober ab den zehntägigen Arbeitstag für alle Arbeiter einzuführen.

Wiesbaden, 14. März. Die Bergarbeiter des Zentral-Kohlenschiefs begannen heute einen Demonstrationstreik von 24 Stunden zugunsten einer ausreichenden Altersrente. Bis abends war die Ruhe nirgends gestört.

Paris, 14. März. Morgen wird ein amtliches Dekret veröffentlicht, das Bestimmungen über die Aufnahme von Ausländern in die Fremdenlegion enthält.

Rom, 14. März. In einem Expresszug nach Bologna wurde der Postwagen erbrochen und sieben Säcke mit deutschen Poststücken gestohlen.

Newport, 14. März. Der Staatssekretär des Krieges erklärte einem Vertreter der Associated Press, er glaube nicht, daß die amerikanischen Truppen in Mexiko einrücken. Dieser Fall würde nur eintreten, falls es sich erweise, daß Mexiko im Schutze des ausländischen Eigentums nachlässig werde.

Aus dem Parteisekretariat.

Parteitagsprotokolle der Jahrgänge 1906, 1907, 1908, 1909 und 1910 werden, soweit noch vorrätig, zu dem günstigen Vorzugspreise von 20 Pf. das Stück an Parteigenossen abgegeben.

Verstaltungen.

D., Nordenham. Tu heißt: „Rann ein Freidenker vor Gericht einen Eid leisten?“ Die Antwort lautet: „Es Junge muß er den vorgeschriebenen Eid leisten, ob er gläubiger Christ oder Freidenker ist.“

Berantwortl. Redaktor: D. Jacob in Bonn. Verlag von Paul Hug in Bonn. Retationsdruck von Paul Hug & Co. in Bonn. Hierzu zwei Beilagen.

Am Sonntag den 19. März 1911: Frauen-Wahlrechtstag! Auf zur Agitation!



Reizende Frühjahrs-Neuheiten sind wieder eingetroffen!!

letzte Neuheit: **Hosenkleid**, in unserem Schaufenster ausgestellt.
Modehaus Leffmann :-: Marktstrasse 41.

Sozialdem. Wahlverein Rüstringen-Wilhelmshaven.

Dienstag den 14. März, abends 8 1/2 Uhr,
 in Sadewassers Tivoli:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
 Unsere Stellung zur Kommunalpolitik,
 Fortsetzung der Diskussion.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Mittwoch den 15. März, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn **Wiggers**, Bier Jahreszeiten.
 Tagesordnung:
 1. Berichterstattung von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband.
 2. Verschiedenes.
 Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.
Die Lohnkommission.

Wahlverein Oldenburg

(Stadt und Stadtgebiet).
 Mittwoch abend 8 1/2 Uhr
Versammlung
 beim **Wirt Schumacher**,
 Kurwidstraße.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag.
 2. Stellungnahme zur Kandidatenfrage des Samstages.
 Zu vollständigem Besuch ladet ein
Der Vorstand.



Der Fischverkauf

am Hafen (Ende Adnigter) beginnt
 Mittwoch früh und dauert bis abends.
 Hochl. Schellfisch 15, 20, 25, 30 g
 Rotungen, Karbonade . 25, 30 g
 Grüne Heringe 12 g

Polizeihunde

prima Dobbemannhündinnen
 mit Ia. Stammbaum, höchst prämiert,
billig zu verkaufen.
 Joch, Heerde, verl. Gloradstr. 129
 Telefon Nr. 566.

Billig zu verkaufen
 ein **Kinderwagen**.
 Roonstraße 61 a, 4 Tr.

Verloren
 ein Invaliden-Leitungsbuch,
 auf den Namen **Albert Wilms**.
 Abzugeben Bant, Mittelstr. 3.

Transportable
Akkumulatoren-Batterien
 werden sauber u. billig geladen.
 Reparatur z. Selbstkostenpreis.
Sadewassers Elektrizitätswerk
 Geyens, Götterstraße.

Oldenburg.

General-Versammlung
 der Mitglieder des
Oldenburger
Konsum-Vereins
 e. G. m. b. H.

am **Sonabend den 25. März cr.**
 abends 8 Uhr
 in **Doodts** Etablissement.
 Tagesordnung:
 1. Mitteilung der Rechnung für das Geschäftsjahr 1910.
 2. Feststellung der Bilanz.
 3. Beschlußfassung über die Gewinn-Verteilung.
 4. Entlastung des Vorstandes.
 5. Wahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern.
 6. Errichtung eines Fleischladens in der Verkaufsstelle Kurwidstraße und Bewilligung der zum Umbau erforderl. Mittel.
 7. Erstattung des Revisionsberichts des Verbanderevisors.
 8. Verschiedenes.

Nur Mitglieder, die sich durch ihr Mitgliedsbuch legitimieren, haben Zutritt.
Der Aufsichtsrat des Oldenburger Konsumvereins
 e. G. m. b. H.

Konsum-Verein Oldenburg.

Der revidierte Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1910 liegt vom 12. bis 18. März im Kontor, Stou 11, für die Mitglieder zur gefl. Einsicht aus.
Der Vorstand.

Herrn-Fahrrad sehr billig zu verkaufen.
 Grenzstraße 37 (Buchhandl.).

Märzfeier

der Arbeiterschaft von Rüstringen-Wilhelmshaven
Sonabend d. 18. März
 abends 8 1/2 Uhr, in Sadewassers Tivoli
 bestehend in
Gesangsvorträgen des Gesangsverein Frohsinn und des Frauorchers sowie Vortrag über:
Die Bedeutung des 18. März
 Redner: **Reichstagsabg. C. Severing**
 aus Bielefeld.
 Die organisierte Arbeiterschaft wird zu dieser März-Gedenkfeier freundlichst eingeladen und wird zahlreiche Beteiligung erwartet
 Der Vorstand des sozialdem. Wahlvereins.

2 Staatsmedaillen
 7 goldene Medaillen
 10 Ehrenpreise.

Die Deutsche Nähmaschine in höchster Vollendung ist die

Die **Phoenix** nährt, sticht und stopft am besten und kennt keine Abnutzung.

Vertreter:
H. Mlosch, Bant
 Niederlag: Ecke Peter- u. Mitscherlichstr. gegenüber dem Friedrichshof. — Tel. 406.
 Unterricht im Stopfen und Sticken durch eine perfekte Stickerin. — Fachmäßige Anleitung ab. d. Mechanismus uns. Greiser-Schnell-Nähmasch.

Phoenix-Schnellnähmaschine

Ich bin nunmehr als Verteidiger bei den Kriegsgerichten u. Oberkriegsgerichten der Marine zugelassen.

Dr. jur. Lüerssen
 Rechtsanwalt, Bant.

Trauer-

Kleider u. Kostüme moderne Ausführung
Blusen, Wolle, Seide, Tüll usw., elegante Machart
Röcke, vom einfachsten bis elegantesten
schwarze Paletots, neueste Fassons.
 Änderungen innerhalb 4-5 Std. Teilweise Sitz garantiert.
Bartsch & von der Brelie.

Genossinnen

welche sich an der **Flugblattverbreitung** beteiligen wollen, werden ersucht, sich am **Donnerstag den 16. März**, nachmittags 2 Uhr, im Parteibüro einzufinden.
 Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

„Deutscher“
Holzarbeiter-Verband
 Zahlstelle **Sant-Wilhelmshaven**.
Freitag den 17. März cr., abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 der **Berufskation**
 im Lokale des **Hrn. Salzwand** Grenzstraße 38.
 Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
 (E. S. 29).
Mittwoch den 15. März d. J., abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
 bei **Halswänd**, Grenzstr. 38.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufstellung von Kandidaten zur 16. ordentlichen General-Versammlung.
 2. Wahl von vier Beisitzern.
 3. Anträge zur General-Versammlung.
 4. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verein für Gesundheitspflege
 und Naturheilkunde
 Wilhelmshaven-Rüstringen.
Mittwoch den 15. d. März, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
 im **Westfischhaus**.
 Tagesordnung: **Das Licht-Lust-Fest.**
Der Vorstand.

Fahnen Reinecke Hannover
 Vereins-Bedarfsartikel.

Todes-Anzeige.
 Am Montag morgen nach kurzer heftiger Krankheit unsere liebe Tochter u. Schwester
Lili
 im zarten Alter von 7 Jahren. Dies bringt tiefbetrübt zur Anzeige
 Bant, den 14. März 1911.
 Familie **Georg Mittelmann**.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag den 16. d. März, nachm. 1 1/2 Uhr, vom St. Wilhelmshospital aus statt.

Danksgiving.
 Für alle Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau und meines Kindes treuer sorgende Mutter, sowie alle diejenigen, die ihr das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, sage ich hiermit meinen innigsten Dank.
 Im Namen aller Hinterbliebenen
Karl Lorenz, Kaiserstraße 67.

Mercur des Volksblatt

Oldenburgischer Landtag.

14. Plenarsitzung vom Montag, 13. März 1911. Die Sitzung wird um 10 Uhr morgens eröffnet. Zur Sitzung ist die Novelle zum Einkommensteuergesetz für das Herzogtum Oldenburg.

(Die Leser sind bereits über den Gehaltensentwurf, wie er nach dem Ausschussbericht erstattet ist, durch einen Artikel unseres Blattes unterrichtet. Deshalb sehen wir davon ab, einleitend über den Bericht längere Ausführungen zu machen.)

Abg. Tappenberg als Berichterstatter führt aus: Der Finanzausschuß ist mit der Regierung darüber einverstanden, daß das Einkommensteuergesetz sich im Allgemeinen bewährt hat. Die Verbesserungen, die das Gesetz gebracht hat, haben zu kulturellen und wirtschaftlichen Zwecken des Landes beigetragen. Freilich, vom dem Ideal einer vollen Gleichmäßigkeit in der Steuerberechnung ist auch der gegenwärtige Entwurf weit entfernt. Der Ausschuss hat sich dem bewußt, die äußerst schwierige und umfangreiche Materie eingehend zu behandeln. Er hat sich bemüht, eine Hebererleichterung im Ausschuss zu erzielen. Das war ein möglichst großer Entschleunigung der einzelnen Mitglieder des Ausschusses. Ich bitte auch den Landtag, diese Entschleunigung zu über, damit eine Hebererleichterung mit der Regierung zuliebe kommt. Aber auch die Regierung bittet, gegenüber dem Ausschuss entgegenkommend zu sein. Es ist ein Wunsch, daß die Regierung möglichst ein, das Gesetz trotz aller Rippen in den nächsten Tagen zu lehren.

Finanzminister Ruhlrat: Die Regierung hat dem Landtage diese Vorlage gemacht, weil er eine Revision des Gesetzes wünscht, und um die vorhandene Willkürlichkeit zu beseitigen und das Schätzungsverfahren möglichst zu vereinheitlichen. Die Regierung ist deshalb mit dem Ausschuss übereinstimmend, wenn irgend möglich, etwas zuliebe zu bringen. Wenn der Ausschuss in einigen wesentlichen Punkten erhebelich von der Vorlage abgewandt ist, so hat die Regierung demgegenüber sehr erhebliche Bedenken. Die Regierung ist deshalb nicht in der Lage, ihre Zustimmung zu allem zu erklären. Diese Erklärung kann sie auch nur zweifelhaft geben. Diese Erklärung kann sie auch nur zweifelhaft geben. Die Regierung ist deshalb nicht in der Lage, ihre Zustimmung zu allem zu erklären. Diese Erklärung kann sie auch nur zweifelhaft geben. Die Regierung ist deshalb nicht in der Lage, ihre Zustimmung zu allem zu erklären. Diese Erklärung kann sie auch nur zweifelhaft geben.

habt nicht, um dem Einkommen aller der Einkommensteuer zu geben, die über den Steuerfuß mit Recht liegen und mit einem Einkommen von 500 bis 600 Mk. auskommen müssen. Es sind das Arbeiter, Witwen, Unfallrentner, Handwerker, Pächter und Kleinrentner. Wo die Einkommensteuer niedrig liegt, ist das noch nicht so sehr sichtbar als wo sie in Gemeinden mit hohen Einkommensteuern. Steuern von 50, 60, 70 bis 80 Mk. und darüber sind einfach für ein Arbeiterverdienst nicht zu tragen. Es wäre auch möglich, den Wustall, der durch seinen Antrag entsteht, ganz oder teilweise zu beden durch Erhöhung der Steuerhöhe von Einkommen über 6000 Mk. und Härtere Heranziehung der Vermögenden. Bei der Zusammenlegung des Landtages ist daran nicht zu denken, so hat dessen Empfehlung hier der Ausschuss noch eine Veränderung der Einkommen aus der Vermögenssteuer. Zwar ist durch den Entwurf und die Ausschussanträge eine weitere Entlastung der untersten Stufen vorgesehen. Der Vorstoß der Regierung bringt einen Wustall von 64000 Mk., die Herabsetzung des Einkommensteuersatzes durch den Ausschuss 40000 Mk., zusammen 104000 Mk. Aber das ist ungenügend. Denn habe ich die Stellung des Ausschusses in der Frage der Besteuerung der Vermögensgegenstände geradezu gewendet. Er habe daraus entnommen, daß man nur den Gewinn der Vermögensgegenstände besteuern sollte. Demgegenüber ließe aber die Erklärung, daß Vermögensgegenstände keine Erwerbseinkünfte seien und ihr Ertrag nicht besteuert werden sollte. Die Regierung hat die Einkommensteuer des Vermögensgegenstandes durch den Ausschuss nicht nur abgelehnt, sondern auch zu der wunderbaren Auffassung, die Einkommensteuern deshalb zu besteuern, weil sie Ersparnisse für den Haushalt der Mitglieder machen, denn jedes Einkommen ist in erster Linie dazu, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Es ist nicht möglich, die Einkommensteuer des Vermögensgegenstandes zu besteuern, einmal in dem angeführten Gewinn, dann in der Zinsbesteuerung. Deshalb erkläre er heute wie damals die Besteuerung der Vermögensgegenstände für einen Fehler und eine Ungerechtheit. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit. Das Richtige wäre, die Besteuerung von Vermögensgegenständen ganz zu beseitigen. — Die sonstigen Vorteile der Vorlage erkenne er an. Die Veranlagung nach der Vergangenen ist gerade für die Arbeiter. Es ist die Besteuerung nach der Vermögensgegenstände geht er weiter wie der Ausschuss, doch habe dieser seinen Antrag auf Einzelbesteuerung abgelehnt. Diese habe er gerade für den Arbeiter für nötig. Wenn Mann und Frau in der Ehe sind, leidet darunter der Haushalt. Möglich müßte die Verbindung beider Systeme — je nach den Verhältnissen — in der Ehe nicht, daß aber auch die Besteuerung möglich sein. Er wolle aber nicht, daß durch die Besteuerung die Einkommensteuern und Kapitalsteuern herabgesetzt werden. Die endgültige Stellung zu dem Gesetz behalte seine Freunde und er sich vor. Sie wird abhängig werden von der Stellung des Landtages und der Besteuerung der Vermögensgegenstände und der Erhebung des Einkommensteuergesetzes.

Oberratsrat Dr. Meyer beschließt sich vor, dem Abg. Hug zu antworten bei den einzelnen Anträgen.

Abg. Müller erhebt Bedenken sich nach Änderungen vor.

Abg. von Vegesoh wünscht ein besseres Deutsch der Regierungsvorlagen.

Abg. Feldbus hält das Gesetz im großen Ganzen für gut. Nicht dieses, sondern die Anwendung desselben führt zu Härten. Man solle nicht einseitige Steuererleichterungen in das Gesetz bringen. Das ist nicht so, wie es heute ist, sondern es sollte einseitig die Einkommensteuern, die über die ungleiche Anwendung. Das ist nicht so, wie es heute ist, sondern es sollte einseitig die Einkommensteuern, die über die ungleiche Anwendung.

Finanzminister Ruhlrat erklärt, daß die Regierung sich die endgültige Fassung gebe, das Gesetz gleichmäßig anzuwenden und eine gerechte Besteuerung herbeizuführen. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Helmann schlägt sich dem Abg. Feldbus an. Gerade die Einkommensteuern haben große Bedeutung für die Bevölkerung hervorgerufen. Um habe ein Einkommensteuerverfahren vorgeschlagen, das die Einkommensteuern herabsetzt auf 2000 Mk. verlangt habe. Dabei lebe gerade dieser Punkt nach seiner eigenen Meinung in der besten Weise. Er wolle aber nicht, daß durch die Besteuerung die Einkommensteuern und Kapitalsteuern herabgesetzt werden. Die endgültige Stellung zu dem Gesetz behalte seine Freunde und er sich vor.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

Abg. Genneling schlägt die Herabsetzung der Einkommensteuern auf 2000 Mk. vor. Er behaupte, daß gerade der Abg. Tappenberg schon damals war, die Regierung, die das nur ungern getan habe, auf den Weg der Besteuerung der Vermögensgegenstände zu drängen. Solches Unrecht, die Vermögensgegenstände festzusetzen, die Einkommensteuern abgelehnt und allein zu besteuern, machen keine Freunde und er nicht mit.

wenn wir die preussischen Eide einfließen wollten. Das geht nicht an.

Die Abg. Dräger, Bergens, v. Friesen u. Genneling polemisieren gegen die Vorläufe des Abg. Tansen. Abg. Hug wendet sich gegen den Abg. Dräger, der mit einem Antrag und einem trafen Stage gegen seine Anträge sei. Der Vergleich mit Preußen ist falsch. Er, Dräger, habe sich auf Preußen, wo man Einkommen bis 1200 Mk. frei lasse, nicht bezogen, sondern unsere Verhältnisse gemeint. Die Regierung des Abg. Tansen ist ihm sehr sympathisch. Jeder Mieter müsse auch seine Wohnung vertieren.

Abg. Tappenberg bittet mit großer Befriedigung auf die Aufnahme der Ausschussanträge durch den Landtag. Auch von der Erklärung der Regierung sei er befriedigt. Daß sie sich nicht heute bündel, könne man verstehen. Bezüglich der Ermittlung des Wohnwerts bemerke er nur, wie ungenau letzteres es ist, über das richtige zu treffen. Was dann der Abg. Hug bezüglich der Entlastung der unteren Stufen sagt, ist ja leider richtig; aber die kleinen Verhältnisse Oldenburgs gestatten es nicht, ein weiteres hierin zu tun. Die Heranziehung habe aber auch das Gute, daß möglichst große Stöße in den Kalten des Staates vermieden werden. Der Antrag, der auf den unteren Einkommen lasse, müßte vermindert, das Gesetz gleichmäßig und gerecht zu handhaben und kann man ihr den rechtlichen Willen nicht abspüren.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Einzelberatung wird ein Antrag zu Artikel 9 des Einkommensteuergesetzes angenommen, der die Abgabe betrifft und für diese andere Grundbesitze ausfüllt. Der Antrag lautet: Vom Rohvermögen sind in Abzug zu bringen:

1. die Schulden, die auf einem Rechtsgut bestehende dauernden Lasten, soweit es sich nicht um eine allgemeine Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehende Unterhaltsrenten in Bezug auf Vermoönde gleicher Art handelt, sowie Renten öffentlich rechtlicher Natur;
2. die direkten oldenburgischen Staatssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer sowie die direkten oldenburgischen Kommunalabgaben einschließlich der Zehnt- und Zehntzinsen;
3. soweit es sich um Beträge handelt, welche aus der Befreiung einzelner Grundbesitze herrühren, kommt nur der auf die Befreiung von Schulden entfallende Teil in Abzug;
4. die Beiträge zu Kronrentenfällen sowie zur reichsrechtlichen Unfall- und Invalidenversicherung;
5. die geleih- oder vertragsmäßig Vermögen für Feuer-, Hagel-, Vieh- und sonstige Sachversicherung, sowie für Haftpflichtversicherung;
6. die Beiträge zu freiwilligen Beiträgen zu Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, sowie Prämien für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall, soweit derartige Ausgaben zusammen den Betrag von jährlich 300 Mk. nicht übersteigen;
7. die laufenden Beiträge zu Privatversicherungsanstalten (Artikel 339 ff. der Verfassung) und Vermögensgegenstände zur Förderung der Bodenkultur (Artikel 26 ff. der Verfassung), soweit es sich nicht um Abtragung von Schulden handelt.

Der Antrag der unteren Jiffer 1, 4 und 5 aufgeführten halten außer Betracht zu lassen. Der Antrag der unteren Jiffer 2, 3 und 6) in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Er ist für die Besteuerung lediglich auf die in Artikel 2 bezeichneten Erträge, so ist der Antrag der unteren Jiffer 4, 5 und 6 nur insoweit statthaft, als sie mit den hierigen Ertragsquellen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Eine längere Debatte hatte dann ein bei dem Antrag 8 des Ausschusses, der die Veranlagung nach der Vergangenen fordert, wonach der Steuerberechnung das Einkommen zugrunde zu legen ist, das der Steuerpflichtige in dem dem Steuerjahre unmittelbar vorangegangenen Jahre bezogen hat, sofern er auch für dieses Jahr im bezugsnehmenden Einkommensteuerverfahren. Unter anderem bringt der Abg. Hug die ungleiche Heranziehung der Einkommen der Arbeiter an der Hand von Beispielen vor. Eine Reihe anderer Abgeordneter hat ebenfalls Wünsche und spricht sich für den Antrag aus.

Dieser wird darauf einstimmig angenommen. Es folgen dann zu Artikel 1 die Anträge des Ausschusses auf Einzelbesteuerung im Gegensatz zu der jetzt geltenden Besteuerung nach Haushaltungen.

Der Abg. Hug hat einen Antrag gestellt, der hierin noch weiter geht und auch das Einkommen der erwerbsechtigen Ehefrau selbständig besteuern will. Der Antrag ist vom Ausschuss abgelehnt und auch die Vermählung des Ausschussantrages erledigt. Nach diesem Beschluß bilden Mann und Frau eine Steuergemeinschaft. Die Einzelbesteuerung tritt für die Familienmitglieder ein und auch für solche Kinder, die ihre Arbeitstracht wesentlich außerhalb des wirtschaftlichen Betriebes des Haushalts finden.

Damit schließt die Sitzung. Die Weiterberatung wird auf Dienstag morgen vertagt.

Veranstaltungs-Kalender.

Rühringen, Wilhelmshaven.

Mittwoch den 15. März.

J. R. Göttempler, Loge „Nordstern“. Abends 8 1/2 Uhr bei Schillplatz. Habelsberg, Steuerg. Verein. Abends 8 1/2 Uhr bei Wwe. Schl. Klub Unterhaltung. Nach Schluß der Arbeitstage (Werktage).

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 13. März.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Wald. Berlin, nach Remport, heute von Oldenburg abgegangen. Wald. Bonn, nach Bräunlein, gestern in Antwerpen angekommen. Wald. Borkum, nach Cuba, heute in Antwerpen angekommen. Wald. Genua, von Vullstralen, am 11. Oldenburg passiert. Wald. Nürnberg, nach Kaplata, gestern Dover passiert. Wald. Westfalen, nach Australien, am 11. in Sydney an. Wald. Wittenberg, von Kaplata, heute in Antwerpen an. Wald. Würzburg, von Bräunlein, gestern von Dorothea ab.

Der Stolz der Familie sind gesunde Kinder, wie man sie durch eine rationelle Fütterung erhält. Wenn die Mutter das Kind nicht selbst füttern kann, so empfiehlt sich am besten die Dargreichung von „Rufete“ mit Milch, welches die Milch leichter verdaut macht und durch seinen Gehalt an Mineral- und Eisenstoffen selbst die Anodenernährung fördert. Diese rationelle Ernährung fördert den Magen und verhindert dadurch das Auftreten von Magen-Darmerkrankheiten.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Photogr. Ateliers
Lily Testmann
H. Teniers Nachf.

Putz-u. Modewaren
H. Esmeier
H. W. Brandt

B. Lüschen
Bant-Wilhelmshaven

Hch. Vosteen
Sophie Siebje

Empfehlensw. Rest.
All-Heidelberg

Banter Bürgergarten
Z. Banters

Bierhalle Flacke
Bürgerhalle

Decker Mühlentisch
Flora

Jeverländischer Hof
Hofhaus

Empfehlensw. Rest.
Café Schulz
Kaiser Wilhelm-Saal

Alb. Michel
Hôtel Tel. 4

Hof von Oldenburg
Reichs-Restaurant

Vier Jahreszeiten
Vier Jahreszeiten

W. Inowide
H. Inowide

H. Schae Wwe.
H. Schae

W. Tholen
C. Soller

Heinr. Barr
Butjadinger Hof

Fr. Carstens
Rüstringer Hof

Empfehlensw. Rest.
Seemannshof
Franz Senf

Johs. Senf
Tivoli

Schirme u. Stöcke
Lautze

Schuhmach. Bedarfsartikel
G. Bierscher

Schuhwaren
Gebr. Borchers

J. Brünn
J. Brünn

Fr. Freiche
Jul. Hinrichs

J. Hoffmann
T. Janssen

M. Kaufmann
R. P. Schmidt

M. Behr
Delmenhorst

Schuhwaren
Hans Bartels
Leon Goldschmidt

L. Gerdes
G. Gebtrug

Th. F. Damm
G. Bierscher

G. Borries
H. Pöhlmann

C. Husen
H. Hake

Ludwig von Häfen
Alter Arten Schuhwaren

Fr. Meyer
Schuhbesohlenst.

W. v. Soosten
Blitz

Schreibwaren
Alfred Badden

A. Eden
W. Pangmann

Schreibwaren
Heinr. Flitz
Herm. Hüter

L. Barchenberger
G. Gebtrug

Seifen, Toilette-Art.
J. Egberts

Stahl-, Eisenwaren
J. Egberts

B. Grashorn
H. H. Reibebusch

Johannes Stübber
Tapeten, Linoleum

Tapiserie, Handarb.
Uhren, Goldwaren

F. Eilers
Georg Freichs

Christian Grön
J. Janssen

G. Märtns
Chr. Schwandt

Uhren, Goldwaren
J. Toben
Otto Trautwein

F. W. Brandt
B. Steinfeld

W. Wieting
Johann Witt

F. Schwart
H. Mosel

Theodor Schmidt
M. Schöber

Variété Kaiserkrone
Variété Café Japan

Warenhaus
Gebr. Wolff

Wäsche-Ausstatt.
S. Janover

F. Meyer
Hans Meyer

W. Meyer
S. W. Sants

Zahn-Atelier
R. Zentgraf

Den Lesern und Leserinnen bei Einkäufen und Verkehr zur Beachtung bestens empfohlen.

Baugenossenschaft.
Die Interessenten der Baugenossenschaft werden auf Donnerstag den 16. d. M. abends 8 Uhr, nach Sadewassers Livoll in Heppens eingeladen zur Gründung der Baugenossenschaft.

Auktion.
Mittwoch den 15. März cr. nachm. 2 1/2 Uhr, im Auktionslokale Börsenstr. 28 in Bant Fortsetzung der Kolonialwaren- und Möbelauktion.

Ge sucht auf sofort ein tüchtiger Malerpolier.
H. Hüter, Baugeschäft, Bant, Roomstr. 24.

Malergehülfe sucht
Fr. Kühn, Malermeister.

Erste Lebensbant sucht
für Bant und Umgegend gegen hohe Entschädigung event. festes Gehalt einen tüchtigen Hausbesorger. Offerten unt. B. 101 postlag. Bant.

Palma Pflanzen-Butter
Naturbutter
Margarine ist ein garantiert reines und reinstes Pflanzenfett hergestellt, vorzüglich haltbar, leicht verdaulich, nahrhaft und bekömmlich. In Geschmack, Aroma und Aussehen bester.

Vertreter: Heinr. Gade in Wilhelmshaven
Kurze Strasse 16.

Natürlicher Peru Guano „Löwenmarke“
Man achte genau auf die Schutzmarke den „Löwen“.

Seit mehr als 40 Jahren bekannt als bester Naturdünger garantiert echt direkt importiert ergibt höchste Ernte-Erträge, nachhaltigste Wirkung.

Ge sucht auf sofort ein tüchtiger Malerpolier.
H. Hüter, Baugeschäft, Bant, Roomstr. 24.

Malergehülfe sucht
Fr. Kühn, Malermeister.

Erste Lebensbant sucht
für Bant und Umgegend gegen hohe Entschädigung event. festes Gehalt einen tüchtigen Hausbesorger. Offerten unt. B. 101 postlag. Bant.

Solider Hausdiener
per sofort gesucht.
Margoniner & Co.
Wälderstrasse 8.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Marke Schwan)
Billig im Preis. Vorzüglich in Qualität. Unschädlich im Gebrauch. Reinigt Wäsche, Geschirr und Haus.

Ge sucht auf sofort ein tüchtiger Malerpolier.
H. Hüter, Baugeschäft, Bant, Roomstr. 24.

Ge sucht auf sofort ein tüchtiger Malerpolier.
H. Hüter, Baugeschäft, Bant, Roomstr. 24.

Ge sucht auf sofort ein tüchtiger Malerpolier.
H. Hüter, Baugeschäft, Bant, Roomstr. 24.

Ge sucht auf Ostern oder Mai ein Maurer-behrling unter günstigen Bedingungen.

W. Diefel, Welterstedde.
Lehrmädchen
per 1. April gesucht.
Vorstellung mit dem Eltern erwünscht.
Zanover, neben Variété Mdr.

Gefucht
auf Mai ein Mädchen, welches Ostern die Schule verläßt, für leichte Hausarbeit.
Heinr. Bruhns, Bant.

Zum Anspolstern von Sofas u. Matratzen
empfiehlt sich
Wilhelm Vargner u. Heppens,
Müllerstrasse 18.

Habe Weide
für 4-5 Rube abzugeben.
H. Wieting, Bant.

Ge sucht von ruhigen Leuten zum 1. April eine zweieräum. Wohnung in Heppens. Offerten unter W. an die Filial-expedition d. Bl. erbeten.

Möbl. Zimmer
unverleert, sofort zu mieten gesucht.
Mieter ist nur kurze Zeit im Monat hier anwesend. Off. mit Mietpreis u. N. V. 2 an d. Exp. d. Bl. erb.

In kaufen gesucht
eine gut erhaltene doppelreih. Wiener Ziehharmonika. Anmelungen bei Ernst Meis, Bremer Str. 50.

In kaufen gesucht
ein gebrauchtes Regal mit Schubladen.
Offerten unter N. V. 3 an die Expedition d. Bl.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
Bant, Wilhelmsh. Straße 70
Fernsprecher 267
Wilhelmsh., Bismarckstr. 95
Fernsprecher 352
halten sich bei Bedarf in Schuh-
waren bestens empfohlen.

Variété Edelweiss.

Ab Donnerstag den 16. März:
Auftreten des
Variété- und Possen-Ensembles
... „Glöckchenklang“ ...
zur Zeit mit großem Erfolg gastierend
im Variété z. Eisenbahn, Sächst a. W.
Glas Bier 10 Pf.

Tonndeicher Hof.
Heute Mittwoch:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet ein H. Woldmann.

Die Meldestelle
für verkaufene Kinder be-
findet sich bei
Frau Schönbeck, Bant,
Restaurant Peterhof, Peterstr.

Dörrgemüse
in allen Sorten billigst.
1 Tafel (6 Portionen) 15 Pf.
J. H. Cassens
Bant, Peterstraße 42.

Nähmaschinen, Fahrräder
repariert, versickelt und emalliert
prompt und billigst
Adolf Eden, Grobmechaniker-
meister
Bant, Börzenstraße 12.
Eigene Emallieranstalt.

Leer Mühlenstr. 16
2 Min. v. Bahnh.
**Zigaretten-, Zigaretten-
u. Tabak-Geschäft von**
Rudolf Heyer
Zum Waschen od. Reinmachen
empfiehlt sich
Frau Wänther, Bant, Weststr. 5.
Erhält heute einen Posten
Konfirmanden-Anzüge ::
und gebe dieselben zu den billigsten
Preisen ab. — Abzahlung gestattet.
Fr. Kalle, Bant, Mittelstr. 35.

Hauptfrage
in jeder
Familie:
Henning's Brot.
Brotfabrik M. Henning
mit Alt-Darmmühlgelösche-
Futtermittel-Gelösche-
Fabrik
Bant, Mittelstr. 35

Strengste Reellität.
Billigste Preise.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen **Schuhwaren** von den
einfachsten bis zu den elegantesten
in nur modernen, gut passenden
Formen. Speziell außerordentlich
gut gearbeitete **Schuhstiefel** für
Knaben und Mädchen.

Preisermässigung

Moderner Möbel.

Gültig vom 10. bis 20. März 1911.

Ich muss für die per Frühjahr disponierten Möbel Raum schaffen. Nur Platzmangel veranlasst mich, die unten angeführten Artikel einem Ver-
kaufe gegen bar zu herabgesetzten Preisen zu unterstellen. Eine Ausnahme-
Gelegenheit für jeden Interessenten, namentlich für Brautpaare.

10 Schlafzimmer in Mahagoni, Eiche, Ahorn, Kirschbaum und hellnussbaum.
10 Speisezimmer in Eiche und nussbaum.
10 Salons in Mahagoni, Rüster, Polisanter, Eiche und nussbaum.
10 Herren-Zimmer in Eiche, modern gebeitzt.
Ausserdem noch 10 Vertikows, 10 Sofas und Garnituren, 10 Umbauten und
10 Trumeaux in Eiche und nussbaum.

!! Ich bitte um Beachtung der Schaufenster !!

Hermann Onnen.

Alle lieben
ein zartes, reines Gesicht, roliges,
jugendliches Aussehen und schönen
Teint, deshalb gebrauchen Sie die echte
Stedenpfeid - Lilienmilch - Seife
v. Bergmann & Co., Nadebut
Preis à St. 50 Pf., ferner macht der
Lilienmilch-Cream Tada
rote und spröde Haut in einer Nacht
weiss u. sammetweich. Tube 50 Pf. in der
Hafen-Apothek, Heuender Apotheke,
bei Mib. Wilkens; in Wilhelmshaven:
Mib. Lehmann.

Kaiser-Panorama
Ecke Markt- und Pieler Straße.
Vom 12. bis 18. März:
Ostindien, Java.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel
gibt schneeweiße
Wasche ohne Reiben
und Bürsten, nur durch
einmaliges 1/4-1/2 stün-
diges Kochen. Kein
weiterer Zusatz v. Seife
oder Waschlauge er-
forderlich, deshalb billig
im Gebrauch.
Garantiert gesundheitlich.
Schädlich nur in Original-
Packung.
HENKEL Co., DÜSSELDORF.
Nützliche Fabrikate auch
der weltberühmten
Henkel's Bleich-Soda

B. v. d. Ecken
Bismarckstrasse 97.
Kinderwagen
Sportwagen.

Ankauf
von altem Eisen, Kupfer, Messing
Zinn, Zinn, Staniel, Blei, sowie
Pumpen, Gummiabfällen und Cham-
pagnerflaschen. Zahle dafür stets
die höchsten Preise. Auf Wunsch
hole es aus dem Hause ab.
S. Reisner,
Seppens, Tonndrich 4.
Telephon 672.

Brennholz
Klosterholz, Sublimierholz, sowie
zerkleinert, liefert jedes Quantum
Wilh. Lange, Stollenhandl.
Bant, Wilsenstraße 47.
Tel. 238.

Nordenham.

1000 Mk. Belohnung!!
erhält nicht jeder — aber ich verkaufe für
wenig Geld moderne
Anzüge, Schuhe und Stiefel.
Au- und Verkaufsgeschäft
A. Heeren Nordenham,
Herbertstr. 8.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen nur
erstklassige Schuhwaren
für deren Güte und Haltbarkeit
unbedingt garantiert wird.

Banter Volksküche.
Wellsumstraße.
Mittwoch: Weihe Wohnen mit Nacht.



Consul
der Asse mit Menschenkultur
abfoliert ab 16. März ein
14 tageses Galtspiel im
Variété Adler

Consul kleidet sich wie
ein Mensch.
Consul isst und trinkt am
Tisch wie ein
Mensch.
Consul raucht Zigaretten
wie ein Mensch.
Consul entleert sich und
geht zu Bett wie
ein Mensch.
Consul produziert sich als
Kunsttrabfahrer.
Consul lebt nicht in einem
Käfig, sondern in
einer Privatwoh-
nung, in der
Familie seines
Besizers.
Consul erregt überall das
allergrößte Auf-
sehen und bildet,
wo er auftrat,
das Stadtbildspruch
ist gegen Todes-
fall mit einer 1/4
Million versichert.
Consul besitzt eine außer-
gewöhnliche In-
telligenz, die nur
bejente begreift,
der ihn auf der
Bühne gesehen hat

Dann das
**Blatzheim-Burlesken-
Ensemble**
mit neuen Schlogern und
Spezialitäten-Programm.

Holzrouleau, Jalousien
Holländer, gedruckte transparente
Stoffrouleau in verschied. Mustern
und Preislagen von einer der bel-
renommierten Fabriken bringe in
empfehlende Erinnerung.
Eduard Dietmann,
Bant, Wilschleischstraße 2. Laden.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
haben eine große Werkstatt im
Hause, wo jede Reparatur
sowie Anfertigung nach Maß,
besziell für tranke und empfindliche
Füße, in kürzester Zeit aus-
geführt wird.

Reichstag.

116. Sitzung vom Montag, den 13. März 1911, nachmittags 2 Uhr.

Vom Reichspräsidenten Dr. Deibitz. Der Reichstag ist in der Tagesordnung teils verbleibend u. Schluß mit seinem 90. Geburtstag gelegentlich im Namen des Reichstages gratuliert habe; der Reichstag habe telegraphisch gratuliert.

Während der Präsident das Amtverstehen bezieht, erheben sich die Abgeordneten mit Ausnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten Graf Schwerin: Sie haben sich von den Reden erheben, um der Ehrerbietung vor dem Jubilar Ausdruck zu geben. (Zuruf: Ständchen nicht!) Ich habe das felt.

3. Zweite Lesung des Etats für das Reichsgebiet des Innern.

Herr Dr. Stresemann (natl.) liest den Staatsetat darauf zu achten, daß der deutsche Handel nach Russland seinen Ausbau dadurch erleide, daß Russland in das russische Zollgebiet einbezogen wird, während dann das kanadisch-amerikanische Zollgebiet in seiner Bedeutung für den Handel und somit den deutschen Handel es nicht erlaßt. Dieser Handel mit dem Zollgebiet hat sich für Portugal sehr günstig entwickelt, oder weniger günstig für uns. Wie haben eben im vorangehenden Doppelbudget Portugal zu große Zugeständnisse gemacht. Der Reichstag hat leider auf die Eingehenden von Handelsverträgen keinen Einfluß, nur der wirtschaftliche Ausschuss. Deshalb ist es sehr zu bedauern, daß die schiffliche Industrie nicht in ihm vertreten ist. Für die Weltausstellung in Turin sind 120 000 T. in den Etat eingestellt; das ist eine lächerlich geringe Summe, mit der eine würdige Vertretung des Reiches nicht möglich ist. Herrere Wirtschaftspolitik ist im Werke. Es ist unverständlich, wie es kommen kann, daß die Handels- und Konventionen mit Handelsverträgen dem Reichstag nicht vorgelegt werden. Die gesamte nationalliberale Partei steht auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit.

durch Schutze, aber der Sozialistengesetz darf nicht überplant werden, weder in der Industrie, noch in der Landwirtschaft. Es ist nicht Schutze, sondern Schädigung der nationalen Arbeit, wenn von den Sozialisten die Abschaffung des Schutzes nicht mehr konsequenter folgt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es ist unklar, daß der Reichstag sozialistisch nicht geleitet hat, wie treiben Sozialpolitik im Reichsgebiet des Innern.

Der Unterbringung weislich Bedachtig. Eine halbe Milliarde Mark wird jährlich vom Reich den Arbeitgebern zugunsten der Arbeiterversicherung ausgesetzt. (Hört! hört!) Wenn die Sozialdemokraten bekämpfen, die Arbeiter für den Ausbau so billig werden, wie Arbeiter nicht mehr verschonen, sondern nur noch hungern lassen, so ist das Arbeitverteilung und Unrecht. Die Ausstellungen des Reichs sollen nicht in den Umfang der Sozialdemokratie mit dem Schutze und Realisationsweg.

Kann ich mich nur anerkennen, er muß auf das höchste beschränkt werden. (Wieder richtig.) Wirtschaftlich ist durch Außenverträge. Die Wirtschaftskommission sollte nicht in dieser Richtung zuhause kommen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die nationalliberale Politik wird auch in Zukunft auf den Ausgleich der widerstreitenden Interessen gerichtet sein. (Wieder bei den Natl.)

Staatsetat Dr. Deibitz: Der Abgeordnete Richter hat am Sonnabend zu meiner großen Freude anerkannt, daß Reichstag auf dem Gebiete der Sozialpolitik positive Resultate aufzuweisen. Die Reichskommission sollte nicht in dieser Richtung zuhause kommen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die nationalliberale Politik wird auch in Zukunft auf den Ausgleich der widerstreitenden Interessen gerichtet sein. (Wieder bei den Natl.)

als eine Meinigkeit bezeichnet werden. (Sehr wohl recht und bei den Natl.) Herr Richter hat von der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der letzten

Volle gesprochen. Die Regierung hat dem Reichstage eine solche Fülle von sozialpolitischen Vorschlägen vorgelegt, daß es dem Reichstag unmöglich ist, an sämtliche Vorschläge in dieser Session zu erörtern. Wenn die Reichsregierung nicht zur Erledigung gelangen sollte, so ist das nicht nur die Schuld der Regierung, und noch weniger die Schuld der Reichstagskommission. Der Abgeordnete Richter hat auch darüber klage geführt, daß in den letzten Jahren zu wenig Bundesratsbesprechungen über die Frage des Arbeitsbeschäftigten existieren sind. Aber das liegt einmal daran, daß natürlich, nachdem in früheren Jahren diese Besprechungen sehr reichlich existierten, die Zahl der in Betracht kommenden Generäle sich vermindert, sowie ferner an der durch die Praxis gemachten Erkenntnis, daß vielfach die Reglementierung für das ganze Reich ungeschicklich für Arbeiter und Arbeitgeber ist. (Sehr richtig.)

Der Regierung wird auch vom Reichstag gewünscht, daß sie sich nicht die Frage der

tarifvertraglich geregelt hat. Gewiß ist die Tarifverträge eine außerordentlich wichtige; aber der Zeitpunkt für eine gesetzliche Regelung scheint mir nicht gekommen. Die Verhandlung für ein Reichsgesetz ist die Beschäftigung der Berufsvereine und diese führt auf mannigfache Schwierigkeiten. Es geht nicht an, wie man wollen, den Berufsvereinen nur die Rechte, aber nicht die Pflichten juristisch zu verlosen zu geben. (Sehr wohl recht.) Die Frage kann meines Erachtens nur so geregelt werden, daß die Berufsvereine für die Durchsetzung der Tarifverträge mit ihrem Vermögen haften. (Sehr richtig recht.) Nebenfalls ist eine gesetzliche Vollstreckbarkeit der Tarifverträge unmöglich. Man soll aber dem Fangel einer gesetzlichen Regelung dieser Frage nicht ohne trügliche nehmen. Mit den Tarifverträgen geht es wie mit den anderen auf einig geschlossenen Einzelverträgen; sie werden geschlossen, solange es den Interessen der beiden vertragsschließenden Parteien entspricht. (Zustimmung und Zustimmung.) Unter solchen Umständen halte ich zurzeit die gesetzliche Regelung der Tarifverträge für nicht gefahrlos, so sehr auch eine solche Aufgabe einen

letztgenannte Minister

anzusehen können. (Sehr richtig und Hört! hört!) Herr Richter berichtet sich, daß im einzelnen oftmals unverständlich ist, über welche Fragen der Mittelstandes- und allgemeinen Wirtschaftspolitik. Er hebt die Schwierigkeiten hervor, die bei der Zentration und von der Reden in ihren Resolutionen geäußerten weiteren Einschränkung des Handelsverkehrs durch die Reichsregierung entgegensteht.

Der Abgeordnete Richter hat bemerkt, daß die Reichsregierung nicht die gesetzliche Regelung der Zinsfrage in Angriff genommen hat. Die Regierung verläßt diese Frage mit gespannter Aufmerksamkeit. Aber angesichts der großen Schwierigkeiten, die hier vorliegen, erscheint eine gesetzliche Regelung mindestens vorläufig unangebracht.

Der Abgeordnete Richter hat im vorigen Jahre angekündigt, er werde solange Interpellationen über die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes einbringen, bis es im Sinne des Gesetzgebers ausgeführt ist. Ich freue mich, daß er sich diesmal auf eine Anfrage bei meinem Amt bezieht, daß ich solche heraus, daß die Reichsregierung aber die Möglichkeit, wie sie anzunehmen, vorläufig zurückgegriffen hat. (Wohl links.) Es entspricht dies auch meinen eigenen Beobachtungen. Der Abgeordnete Richter hat zu einem Besonderen über Schikanen vorgezogen und ein Einverständnis dagegen verlangt. Solange ich mit den Zentralbehörden über die Grundzüge der Ausführung des Vereinsgesetzes einig bin, habe ich zum Einverständnis keinen Anlaß. Die Erklärung von Schikanen, die entgegen den Anweisungen der Zentralbehörden vorliegen, gehört in die Verantwortung der einzelnen Bundesstaaten. (Sehr richtig recht.) Der Abgeordnete Richter verweist mich oben auf das allgemeine Verbot öffentliche Aufträge in Verträgen, das eine Befreiung des Gesetzes ist. Er hätte recht, wenn ein solches generelle Verbot ergangen wäre. Der preussische Minister des Innern hat aber nur unter Hinweis auf bestimmte Vorgänge darauf aufmerksam gemacht, daß, wie die Dinge liegen, jeder öffentliche Auftrag eine öffentliche Beschäftigung bilde und daher „in der Regel“ verboten werden soll. Er hat also die Möglichkeit der Genehmigung auszuweichen (Sachen links) und ich hoffe, daß die nachstehenden Behörden die mikroökonomische Auffassung

als ob jeder öffentliche Auftrag zu beichten sei, aufgeben werden. (Erneutes Lachen links.) — Weiter verlangt der Abg. Richter-Weinigen, die Zerstörung

einheitlicher Maßnahmen

zur Wahrung des Wohlgeheimnisses. Es ist Unklarheit, wenn Maßnahmerichter und Wohlverhältnisse sich dazu verbinden, durch künstliche Manipulationen das Wohlgeheimnis zu durchbrechen. Aber die Zahl der Fälle, in denen es geschieht, ist doch zu gering, um das Gesetz zu ändern. Inregulamentieren bei der Wohl kommt auch auf andere Weise vor. Man könnte ermaßen, ob nicht auf dem Wege der Gesetzgebung mit solchen Dingen reiner Tisch gemacht werden soll; das kann aber nicht mit einem abstrakten Reichstage und kurz vor seinem Schluß geschehen. Jedenfalls werde ich vor den Reichstagen Mitteilung geben, daß die mit der Ausführung der Wahlen betrauten Behörden diese Sorge tragen, daß als Maßnahmen nicht Gefahr vermerkt werden, daß durch ihre Beschaffenheit zu Mißbräuchen Veranlassung geben, und daß auch sonst das Wohlgeheimnis gewahrt werden soll. (Wohl links.) Weiter manifeste der Richter-Weinigen, daß die Wahlen mit einer geringen Zahl von Wählern zur Sicherung des Wohlgeheimnisses einmündig werden. Zum Teil geschieht dies, aber man darf nicht vergessen, daß ein zu weiter Weg des Wählereinflusses übertrieben werden kann. (Sehr richtig recht.) Angeregt ist auch die Frage der Freizügigkeit der Wähler. Ich habe von einer gesetzlichen Regelung Kenntnis genommen, aber die Handhabung der Freizügigkeit ist auf dem Wege der Freizügigkeit bei einer Erleichterung ebenfalls schon fast zu erlebigen sind, wie bei den Neuwahlen. Von mehreren Bundesregierungen ist mir bereits die Zulassung ausgangen, daß so verfahren werden soll. Für das Wahlrecht sind Wahlen von den Bundesregierungen eingeführt worden. Brauchen sie bestimmte Bestimmungen, aber die demnach mit den Interessenten verhandelt werden soll. Ich will daher für heute schließen mit der in Aussichtstellung eines Theatersgesetzes. (Zustimmung.)

Abg. Brecht (Voll) fragt darüber, daß es den politischen Arbeitern außerordentlich schwer gemacht werde, die ihnen nach den Versicherungsregeln zustehenden Renten zu erhalten. Oft werden ihnen auch die Renten wieder zu Unrecht entzogen. Eine Forderung der preussischen Politik ist das Annehmen der polnischen Arbeiter. In Berlin findet man mehr polnische Arbeiter als in Polen, auch in den Bergwerken und Häfen des westlichen Teiles der Monarchie werden die Polen gedrängt. Ein preussischer Regierungsrat scheint sich nicht zu sagen, der Wahlen bei den Polen durchführt. (Hört, hört! bei den Vollen.) Das ist eine Unschicklichkeit gegen das polnische Volk. (Zustimmung Zustimmung bei den Vollen.)

Reichspräsident Graf Schwerin: Für diesen Ausdruck gegen einen Beamten rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Brecht (fortfahrend): Die Löhne der Arbeiter sind nicht so gering wie die Mietspreise und die Preise der sonstigen Lebensmittel. Der Konsum des Reiches unter der Arbeiterbevölkerung ist daher zurückgegangen. (Sehr wohl bei den Vollen und den Sozialdemokraten.) Bei der Beratung des Vereinsgesetzes haben wir beachtet, daß die politischen Gewerkschaften als politische Vereine behandelt werden würden. Das ist auch eingetretten. Ingeborg ist auch, daß die Regierung und die Arbeitgeber die Arbeiter in die gleichen Gewerkschaften zu zwingen linden. Die Arbeiter müssen Freiheit haben, sich zu organisieren, wie sie wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und bei den Vollen.) Die Frage darüber erfordert es, daß mit dieser Sozialversicherungspolitik getrieben wird. (Zustimmung bei den Vollen.)

Abg. Niereberg (Wirtsch. Vg.) fordert die Eisenbahner Nationalliberalen auf, in der Eisenbahn antitrustmäßig zu handeln, beschränkt die Lage des Mittelstandes, den Handelverkehr mit Posten und die Wirtschaftszweige von Handwerksbetriebe mit wirtschaftlichen Ausblick; begründet dagegen die Beratung des Abnehmerleiters Vales in das preussische Herrenhaus, die im ganzen deutschen Handelsverkehr, Jubel und Entzückung hervorgerufen habe. Herrere bezeugt dann, vom Abgeordneten Graf Schwerin zum Etat des Innern zurückzuführen, die Doppelverträge von Standpunkt eines Abnehmerleiters. — Die Tarifverträge werden von der Sozialdemokratie parteipolitisch mißbraucht, ebenso

Menepel.

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von A. A. Rubins (16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Sie dürfen nicht zu sehr verallgemeinern. Ich liebe mit dem Geistesigen von Radabino nicht nur als Nachbar, sondern auch als Mensch auf vertrautem Fuße. Und ich muß ihn hochachten und verehren, obgleich ich im allgemeinen durchaus kein Waffenfreund bin. Ich wollte Ihnen Gelegenheit geben, den Mann kennen zu lernen, deshalb unterlieh ich es absichtlich, Ihnen meine Meinung über ihn vorzeitig auszusprechen. So viel aber schon jetzt: Er ist durchaus kein blindes Werkzeug unserer Verbrüderungspolitik, sondern ihr geschworener Feind. Allerdings kämpft er mit anderen Waffen, als Sie empfehlen würden. Er benutzt den Glauben als Helmschild gegen eines der in unserem Volk am meisten verbreiteten Vaster. Er tut es, weil er sich dem geistigen Horizont seiner unglücklichen Patienten anschmiegen muß, um Erfolge erzielen zu können. Ist es nicht ein ganz ungeheures Verbrechen, daß er aus tausenden von Kandidaten des Kaiserwahnsinns wieder Menschen macht? — Das ist Saat für die Zukunft. Ich weiß auch sehr gut, daß weder die Geisteslichkeit noch die Spigen der administrativen Gewalt sein Treiben gut heißen. Sein Ruf ist aber bereits so tief ins Volk gedrungen, daß man ihn scheinbar in Ruhe läßt. Es fehlt aber auch nicht an Kritikern, die ihm Steine in den Weg werfen. Einer seiner bittersten Feinde ist natürlich die Reformverwaltung. Dort nennt man ihn einen Verräter an Jar und Vaterland, weil seine Wirksamkeit den Mißbrauch — also auch die Staatseinnahmen, — vermindert. Er schafft nützliche Elemente, die mit der Zeit so manchen Blinden die Augen öffnen werden. Allerdings bin ich bloß, wie man sich zu seiner Wirksamkeit stellen will, wenn wir erst im Moskauer Gouvernement das Monopol eingeführt haben werden. — Doch das nur beiläufig. Nebenfalls wählt er zur Erreichung seines Zieles das praktischste Mittel. Das ist doch kein Geisteswunder! Und da Sie als Arzt Ihre Medikamente aus allen Reichen der Natur zusammentragen, so sollten Sie den Glauben, wo er sich als heroisches Heilmittel erweist, nicht einfach bekämpfen, weil er sich nicht in Flaschen und Kapseln aufbewahren, nicht zu Mixturen, Pulvern und Pillen verarbeiten läßt. Ich halte

es für Ihre Pflicht, auch dieses Mittel objektiv zu prüfen und sich des Nazareners Worte klar vor Augen zu führen: „Prüft alles, und das Beste behaltet!“

Die beiden Herren unterhalten hier das überaus lebhaft geführte Gespräch, blieben stehen und wandten sich um, da sie dicht hinter sich schnelle Männer Schritte vernahmen. Es war der Geistliche, dem Gied Michailowitsch heralich die Hand schüttelte und Doktor Sifolowski als Studiengenossen und Intimen Freund vorstellte.

Gied Michailowitsch hat mir schon gesagt, daß Sie sich außerordentlich für meine Helmschilde der Trunkucht interessieren“, wandte Vater Sergius sich während des Weges zum Pfarrhause an den Arzt. „Ihr Interesse bereitet mir eine sehr große Freude. Vorläufig kann ich mich Ihnen oder ledig gar nicht widmen. Ich muß vor allen Dingen die neuen Mitglieder des Abnehmerbundes abfertigen. Die Leute sind meist von weit hergekommen und sehnen sich nach vollbrachter Tat selbstverständlich in den Schoß ihrer Familien zurück. Wenn es Sie interessiert, der Erledigung dieser Angelegenheit beizuwohnen, so bitte ich Sie, in meinem Rabinett Platz nehmen zu wollen. Es ist allerdings etwas eng.“

Die freundliche Aufforderung des Geistlichen wurde dankend angenommen, und schon nach wenigen Schritten war das Pfarrhause erreicht.

Es war ein einladiges Holzhauschen mit gründerischen, niedrigem Fienendach, sechs Fenstern in der Fassade, einigen Verzierungen im russischen Stil an Dachlinsen und Giebeln, mit Terrasse und kleinem Gärtchen, dessen Flieder- und Faulbergeträuch die sehr niedrigen Fenster behaflatteten. Vor dem Hause sammelten sich bereits Anhängler. Die beiden Herren traten in das winzige Rabinett, nahmen die ihnen zugewiesenen Plätze ein und erwarteten gespannt das Eintreten der „Bliger“. Der Geistliche hatte sich inzwischen an seinen Schreibtisch gesetzt, ein großes Buch, in welches die neuen Mitglieder eingetragen wurden, vor sich aufgeschlagen, einen Stoß seiner Heftchen und Mitgliederlisten zurechtgelegt, und dann gab er durch das offene Fenster den Wartenden Ordre, der Reihe nach einzutreten.

Er ließ sich von einem jeden Namen, Geburtsort und genaue Adresse nennen. Dann erkundigte er sich, zu welchem Termin der Betreffende sich durch den geistlichen Eid verpflichtet, dem Trunk zu entsagen. Dabei machte er

die entsprechenden Enttragungen in das Buch, und gab dem neuen Mitglieder, außer einigen Brodbruten über die Schädlichkeit des Alkoholgenusses, die Mitgliederkarte und einige freundliche Ermahnungen und Ratsschläge mit auf den Weg.

Einige Mauter geben als Termin bloß zwei Monate an. „Weshalb so wenig?“ forschte der Geistliche. „Ach, Väterchen, wir wollen uns nur auf so lange verpflichten, als die Baujassen wohnt“, entgegnete einer der Leute. „Unsere Weiber und Kinder wohnen im Dorf, und haben kaum was zu essen. Wir sind doch in die Stadt gegangen, um zu helfen. Wenn wir alles verkaufen, bleibt nichts übrig, und im Winter haben wir so wie so nichts zu tun!“

Diesen Leuten gab Vater Sergius den Rat, die nächste Baujassen mit einem Besuch Radabinos zu beginnen, damit sie den ganzen Verdienst nach Hause bringen könnten. Reizbißten, wie zum Beispiel den beiden Brüdern, die nach verstrichenem Termin wieder zur Falsche gegriffen hatten und nun aufs neue Rettung suchten, redete er besonders eindringlich ins Gewissen. „Es war wenigstens vernünftig von Euch“, sagte er zu diesen, „daß Ihr dieses Mal Euren Eid auf ein ganzes Jahr geleistet habt. Aber schämen sollen Ihr Euch doch, daß Ihr so schwach wart, nach kaum verstrichenem Frist Euch sofort wieder die und voll zu kaufen. Vernünftige Menschen sollten Ihr werden, Menschen, die die Herrschaft über sich selbst besitzen und Wah zu halten verstehen, ohne erst Eide ablegen zu müssen. Euer Wiederkehr zeigt aber von gutem Willen, und so wünsche ich Euch von Herzen den besten Erfolg für die Zukunft.“

Einige der Heruntergekommenen dieser Bedauernswerten, die kaum ein Kleidungsstück auf dem Körper trugen, um ihre Blöße zu verdecken, wandten sich an Vater Sergius mit der Bitte, ihnen doch eine kleine Unterstützung auf den Rückweg zu geben, da sie nicht eine einzige Kopfle mehr besitzen, und im Dorf durch Betteln nichts zu holen lie. Jedem von ihnen gab er aus seiner persönlichen Kasse 20 Kopeken; das reichte für Brot, bis sie nach Moskwa kämen. Dort würden sie mit Gottes Hilfe bald Arbeit finden. — Katalcha hatte niemanden, nach dem sie sich sehnte. Sie hatte sich vor dem Pfarrhause von dem Raken niedergelassen, schaute in Gedanken verloren den leuchtenden Räucherwäldchen nach und wollte bis ganz zuleht warten.

die angeblich paritätischen Arbeitsnachweise. Ich sehe nicht von Arbeitern, sondern von meinem Gehalts. Hinsichtlich der Schädigungen, die ein Wädernereiter Lude durch die Sozialdemokratie erlitten haben soll, sollten die Sozialdemokraten rot vor Scham werden. (Auf b. d. Sog.: Was ihn ja schon rot! Große Unverschämtheit!) Überdies haben Sie sich nicht Bore Berg, (Sog. Bore: Die Übersetzung ist auf ihrer Seite. (Schlammung b. d. Sog. Bore: Bore) Bore lacht dann über allerlei Mittelstandsfragen. Wenn die Gesetzgebung sich nicht entscheidet, gegen die Bänderlager und gegen die Bänderer vorzugehen, dann sind die Bänderer die gefährlichsten und können sich die Nase wischen. Es ist man nicht mehr sagen, daß man in einem freizeithilfen Staatswesen lebt. (Hörstet b. d. Sog.) So soll und muß etwas für das Handwerk geschehen. (Bevo! b. d. Antilimiten.)

Utg. Wraha (d. L. Fratton) — die Linte verläßt den Saal; es sind ungefähr nur je ein Zuhörer Abgeordneter vom Zentrum und von der Rechten im Saal — vertritt sich über Mittelstands-politik.

Gegen acht Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr verlagt.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen in der Glasindustrie. In den Betrieben der Glasbläserwerke Stralau N. G. in Stralau, Rauschau und Köbnitz haben die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Firma hat nur ganz minimale Zugeständnisse gemacht, die die Arbeiter nicht befriedigen. Es wird deshalb in allen drei Werken im Laufe dieser Woche von der Arbeiterchaft die Kündigung eingereicht werden, und wenn die Firma nicht während der Dauer der Kündigung andere Zugeständnisse macht, wird in 14 Tagen in diesen Betrieben die Arbeit eingestellt werden.

Es werden deshalb alle Facharbeiter des In- und Auslandes ersucht, jeden Zugang nach diesen Orten zu unterlassen.

In Rauschau haben die Glasarbeiter der Firmen Gebr. Hirsch und Rob. Greimer den am 1. April ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. Die Firma Rob. Greimer hat den Arbeitern insgesamtes gekündigt. Auch die Firma Gebr. Hirsch hat gekündigt, wenn die Kündigung des Tarifs nicht zurückgenommen wird, ihre Deste zu lösen. — Die Arbeiter wollen mit der Kündigung des Tarifs lediglich eine Gleichstellung mit den Löhnen erreichen, die bereits in anderen Betrieben am selben Orte gezahlt werden.

Aus dem Lande.

Barel, 14. März.

Wie Pögel bessern erziehen vor einigen Tagen Arbeiter aus der Landgemeinde, die an einem Neubau beschäftigt waren. Aufmerksamkeit gemacht durch das sonderbare Benehmen einiger Anaben, traten sie hinzu und überprüften die Anaben, wie sie den Hohenboden mit allerlei Gegenständen ausfüllten. Die Arbeiter erfuhr dann, daß die Anaben für eine Unart vom Hauptlehrer Pögel erwarteten, dessen Methode es sei, den Kopf der Anaben zwischen die Beine zu nehmen und dort hinzuschlagen, wo der Rücken seinen ehelichen Namen verliert. Die Wucht der Schläge abzulockern und den edlen Körperteil vor Striemen zu bewahren, dafür sorgten nun die Anaben durch eine gute Einlage im Hohenboden. Das Schreien ist die Hauptfache, damit der Lehrer meint, es tue weh, meinte gemein ein kleiner Pögel und zog mit seinen Kameraden dem Schicksal entgegen. Mit diesen Zeichen soll nun nicht das Geheimnis der kleinen Sänder verraten werden, sondern wir wollten nur dem prägelnden Hauptlehrer bemerken, daß seine Methode nicht beßert, sondern Gesundheit schafft, die ihn hinter dem Rücken auslachen.

Mit langen Gesichtern mußten gestern Abend die Theaterbesucher wieder abgehen, die Türen des Theaterlofals blieben verschlossen. Die Mitglieder des Wilhelmstheater hatten ent-

schlossen und mit kopfendem Herzen in das Kabinett.

Vater Sergius blühte ihr, als sie eintrat, mit freundlichen Wohlwollen entgegen.

„Du warst sehr bescheiden und geduldig, meine Tochter,“ sagte er lächelnd. „Gerade die Mädchen, die nichts zu tun haben, haben gewöhnlich am wenigsten Zeit. — Ei, ei, noch so jung — konntest so schön und gewiß auch glücklich sein! — und doch schon dem Schnapstempel verfallen gewesen! Ich sehe es dir aber an, — mein Kind, daß es dir heiliger Ernst ist, dich zu bessern!“

Während das Mädchen seine schüchternen Blicke in tiefer Erregung zu ihm emporhob, streiften sie auch das Antlitz der beiden, an der gegenüberliegenden Wand sitzenden Herren, die sie mit der gespanntesten Aufmerksamkeit musterten. Dadurch wurde sie so verlegen, daß sie die Augen niederzuschlug und verwirrt und unklar die Fragen beantwortete, die Vater Sergius ihr stellte.

„Und nun, meine Tochter,“ riefte er an sie die folgen-schwere Frage, „teile mir mit, auf wie lange du dem Trunk trakt deines Eldes entlast hast?“

Ratalasas Lippen umspielte ein heftiges Zucken. Eine schwere Träne rollte über ihre Wangen, doch bald gelang es ihr, die Selbstbeherrschung zurückzugewinnen. Sie richtete ihre noch tränenerfüllten Augen entschlossen auf den Geistlichen und sagte mit feister, lauter Stimme:

„Auf immer!“

Diese Antwort kam dem Geistlichen so unerwartet, erschreckte ihn dergestalt, daß er den Federhalter auf das Mit-gliedebuch fallen ließ. Auch Duchow hatten die zwei Worte so stark erregt, daß er unwillkürlich von seinem Stuhle aufsprang und Ratalascha anstarrte, als wollte er fragen: „Ist es wahr, ist es denn wirklich möglich und wahr, was dieses Mädchen sagte?“ Er hatte sie ja in der Vorhalle erkannt, hätte dem Doktor auch fast verraten, wo und wann er sie zum ersten Mal gesehen, wenn nicht ein Gefühl innerer Scham sich leiner bemächtigt, und ihn zu Schweigen gezwungen hätte. Denn er mußte sich daran erinnern, wie er sie in ihrem Elend — als es sich um zehn Rubel Viegegeld handelte — im Sitz gelassen. Und dieses Mädchen sollte keine zehn Rubel wert sein? Was, was hatte er überhaupt nur so denken können! Sah er hier nicht eine edle, nach Licht, nach Erleuchtung schmachende, durch einen heroischen Entschluß

weder den Zug verläßt oder sie fürchteten den Regen und waren daher in Wilhelmshafen geblieben.

Der Theaterverein „Cohengrin“ veranstaltet am Mittwoch Abend im Schütting einen dritten Bühnabend, woran sich ein Ball anschließen wird.

Delmenhorst, 14. März.

Die Klaffung der Vorstufe sollte durch einige Gelehrte des Privat-Vorschulvereins unter dem Vorwande, den Lehrer Kofke mit seinen jetzigen Schülern von Klasse zu Klasse aufzuziehen zu lassen, in der Weise betrieben werden, daß die Eltern dieser Schüler ihre Kinder einfach von der Schule abmelden sollten, wodurch die Klasse dann schon in diesem statt im nächsten Jahre eingehen müßte. Eine statt-gehabte Besprechung, zu der die Eltern der fraglichen Schüler eingeladen waren, hat indessen nicht die erhoffte Beteiligung aufgewiesen, zudem kamen Eltern in Betracht, die dem Privat-Vorschulverein nicht beitreten wollten. Die Aktion ist also bedauerlicherweise ergebnislos verlaufen. Die Delmenhorster Stadtvertretung hätte zweifellos der Sache freundlich gegenüber gestanden und gern auch schon die dritte Klasse aufgelöst, um dem Vorschulverein die Möglichkeit zu geben, gleich mit drei Klassen beginnen zu können, sobald die Schule im nächsten Jahre hätte schon die erwünschte vierte Klasse aufsehen können.

Eine Schweinsteuer verlangten verwandte Agrarier auf der letzten Tagung des Verbandstages der landwirtschaflichen Vereine des Amtes Delmenhorst. Der agrarisch gekannte Schneidemeister Schröder aus Schlutter als Referent über diese Steuer schlug vor, Mäzereien mit 50 Schweine mit einer Steuer von 8 Mk. und mit mehr als 80 Schweine mit einer Steuer von 12 Mk. pro Stück zu belegen. Diese furchtlichen Leute glauben, damit die Schweinemast rentabler zu machen, indem sie eine sog. Abschreckungssteuer einführen wollten. Sollten diese Leute nicht einsehen, daß nur billige Futtermittel, die durch Aufhebung der Getreidezölle zu erreichen sind, geeignet sind, dem Bauer zu helfen? Oder sollten die Gläubigen des Bundes der Landwirte über solche praktischen Fragen nicht nachdenken dürfen?

Rorden, 14. März.

Wir konnten es uns wohl schon bei der Abfassung unseres letzten Berichtes über die Christlich-Nationalen und deren Hintermänner denken, daß eine künftige Erwiderung folgen werde. Sie ist nun in Nr. 10 des „Niederländischen Volksboten“ eingetroffen. Dem Mann, der dort in den Spalten dieses Blattes angeblich im Interesse der nationalen Arbeiterchaft sein Unwesen treibt, ist augenblicklich ein Art Stedehike zuROPfe gesiegen. Er poltert nur so darauf los: Drei Wochen lang hätten wir erst die „Leipziger Volkszeitung“ luidert, die Reden des Abgeordneten Gen. Hoffmann und den sozialdemokratischen Kalember, um all die Ausdrücke für unsere Schmachartikel zu finden — na wenn das nicht das richtige Blech ist, dann gibt es feins. Und das alles, weil wir mit ein paar kräftigen Worten gleichsam der Kofe die Schelle umgehoben haben. Den ganzen Sermon legen wir zu den Akten; er ist keine Erwiderung wert. Vielleicht werden wir nächstens auch einmal zur Erheiterung unserer Leser ein Bulet Stüblihen von diesem ansehenden Kochgebildeten Name bringen. Keine Strediten und Stribixax, wie wohlklingend, noch viel weniger bezahlte Krieling sind es, die für das „Nordb. Volksblatt“ schreiben, sondern einfache Arbeiter, die weiter Albertis Komplimentbuch zur Hand nehmen, noch „Anliges Umgang mit Menschen“ studieren, sondern von der Arbeit weghschreiben, und zwar mit Lust und Liebe, wenn es gilt, sog. politischen Drahtziehern und Kullenschiebern heimzu-

suchen Menschenferle, die vielleicht klarer dachte und edler empfind, was sie dem Leben schuldig sei, als er selbst? — Zehn Rubel für eine Menschenferle! Pfiui und abermals pfiui! —

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Wie orientiert sich das Pferd?

Ueber dieses vielerörterte Problem hat Dr. Stefan von Madan neue interessante Untersuchungen angestellt, über deren Resultate er in der Umschau berichtet. Er überließ es bei jedem Ausritt seinem Reitpferde an einem von der Kaserne entfernten Punkte, den Heimweg sich selbst zu suchen. Diese Versuche machte er mit mehreren Pferden und mit jedem mehrere Wochen, um sich nicht durch die bei den einzelnen Pferden sehr großen individuellen Verschiedenheiten täuschen zu lassen. Um lehrreichsten waren seine Versuche mit der ungarischen Halbblutstute Fatima. Sobald ihre die Zügel gelassen wurden, sah sie sich um und wendete dann in einem Bogen von 10 bis 15 Meter Durchmesser zurück. Nur eine kurze Strecke lang verfolgte sie denselben Weg, den sie gekommen war, dann vermißte sie auf dem Hinwege gemachte Umwege. Am vierten Versuchstage hatte Fatima bereits gelernt, daß jede Straße in das Städtchen zurückführt, in dem die Kaserne liegt, und daß sie nur eine Furche zu verfolgen braucht, um bald auf eine Straße zu gelangen. Ob nun der helle Wegstreifen, den sie für eine Straße hielt, auch wirklich eine solche sei, davon überzeugte sie sich mit ihrer Nase, indem sie feststellte, ob er die Geruchspuren von Menschen und Pferden aufweise. Nun bleibt meist noch die Richtung zweifelhaft, in der das Städtchen liegt. Fatima blieb einige Sekunden lang stehen, „riet“ dann „rechts“ oder „links“ und wählte eine der beiden Straßenrichtungen. Um Städtchen sehen Fatima kein Haus und keine Straßenpartie ihrem Rusehen nach zu kennen. Sie verhielt sich Hausvor nach dem andern, brod jedes Tor, ob es nun braun, grün oder weiß gestrichen war; vor einem Hofe, der mit der Kaserne einige Wehndigkeit hatte, blieb sie längere Zeit stehen und schen zu überlegen, ob es nicht ihr Heim sei. Verriet sie sich in ein Radbarbord, so wollte sie auch dort um jeden Preis die Kaserne finden.

leuchten. Dann huldigen wir natürlich auch dem Wahrsprache: Auf einen großen Aoh geht ein großer Reil.

Interessant in dem Schriftzuge ist für uns noch die Behauptung, wir hätten die Tafeln, also die Vorgänge bei den Wahlen in Sandbaurtschaft, auf den Kopf gestellt. Wir beschuldigen nämlich dieser Tafeln unsere Gegner. Dem Manne kann also nicht gehoben werden, sein Glaube ist zu stark und unerschütterlich. Unser Bericht gründete sich auf die Ausführungen der vier Gemeinderatsmitglieder, die abgehandelt hatten und in öffentlicher Versammlung den Tatbestand klarlegten. Wir haben auch jetzt noch nicht die geringste Bereanlassung, in die Wahrheitsliebe und Ehrenhaftigkeit dieser vier irgend welche Zweifel zu setzen. Ob der Herr Korrespondent des „Niederl. Volksboten“ von seinem Gewährsmann daselbst sagen kann, wissen wir nicht. Wir wollen nicht mehr mit ihm rechten.

Bremen, 14. März.

Bürgerchaftswahl. Bei der Stichwahl zur Bürgerchaft im 24. Bezirk wurde der freisinnige Kandidat, Herr Direktor Dr. Böhmer, mit 297 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Herrn Böhle, der 225 Stimmen erhielt, gewählt.

Riel, 14. März.

Die angeblich beleidigte Marine. Genosse Reaktor Henschel von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ wurde von der Rielr Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wegen Beleidigung der Offiziere und Mannschaften des Kreuzers „Wücher“. Die Beleidigung soll enthalten sein in einer Notiz über angebliche Reuten auf dem „Wücher“. Die Begründung sagt, daß die Offiziere und die Mannschaft der Marine vor In- und Ausland in ein schlechtes Licht gesetzt worden seien.

Gerichtliches.

Ershoffen wurde vor mehr als zwei Jahren der Knochenbesitzer Rathge in Wogdenburg. Als Rater wurde verfolgt der nach Brasilien geteilte Kaufmann Otto Antelius aus Berlin. A. war der Liebhaber einer Berliner Künstlerin und verkehrte viel in Theaterkreisen und führte ein ziemlich flottes Leben. A. behauptete, niemals in Wogdenburg gewesen zu sein, während ein gewisser Ritter ihn beschuldigte, mit ihm zusammen den Einbruch in die Apotheke gemacht zu haben, wobei der ste überlohnende Helfer über den Hauen geflohen sei. Jetzt hat A. in der Verhandlung ein Geständnis abgelegt. Aus Wogdenburg wird vom Sonnabend gemeldet: In der heutigen Radmittagsverhandlung im Prozesse Antelius erklärte der Zeuge Ritter auf eindringliche Ermahnungen des Vorsitzenden, die Wahrheit zu sagen, er habe mit Antelius den Einbruch in der Hirsch-Apotheke verübt. Darauf gestand Antelius, den Schuld an Rathge abgegeben zu haben, doch hätte er nicht bedürftig, ihn zu töten.

Vermischtes.

Ein musikalisches Wunderkind ist, wie dem „Damb. Fremdenbl.“ aus Ederbarup geschrieben wird, der zehn-jährige Anabe Wihly Rißmann, Sohn des Vatermeisters Rißmann aus Lindbaumhölsch. Der kleine Solovirtuose, der das Interesse hervorragender Kapazitätsertrag hat und seit längerer Zeit vom Professor Dr. Gemming in Leipzig vorgebildet worden ist, hat jetzt dort die Prüfung am Königl. Konservatorium der Musik glänzend bestanden.

Schwaßer.

Mittwoch, 15. März: vormittags 1.33, nachmittags 2.06

Augencheinlich bediente sich das Tier bei seinen Orientierungsversuchen seiner fänslichen Sinne, mit Ausnahme des Geruchssinns. Belegt ist bei einem Pferde, das sich orientieren will, die Rolle zu beobachten, die Gehör, Gesicht und Tastsinn spielen. Es spürt seine Ohren, um Geräusche zu nehmen und z. B. das Wiehern anderer Tiere sofort zu beantworten; es blickt beständig umher, um die einmal gesehenen Punkte wiederzuerkennen; es merkt mit dem Hute, ob es auf einer harten Straße oder einer weichen Weide geht. Besonders groß ist die Rolle des Geruchssinns, die dem Pferde unentbehrlich zu sein scheint. Die Sinne sind aber bloß als Hilfskräfte nötig; die eigentliche Orientierungsarbeit wird vom Bewußtsein geleitet. Auch das Pferd läßt sich wie der Mensch auf sein Gedächtnis und vermerkt seine Kenntnis von bestimmten Punkten am Wege; es verfolgt seine Aufgabe mit psychischer Energie, wendet alle Aufmerksamkeit an; es läßt sich von früheren Erfahrungen dabei leiten, d. h. es lernt; es bemerkt und forziert seine Irrtümer, zieht sogar einfache Schlüsse, indem es seine Weh nach einiger Überlegung trifft. Ungelöst ist in dem Problem des Orientierungsvormögens des Pferdes vor allem noch die unbewußte ferliche Arbeit, die von dem Tiere geleistet wird, jene Fähigkeit, derzufolge die Tiere meist den kürzesten Weg, die Aufgabe, wählen, und die Richtungsgefühle genannt werden.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist toeben das 23. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Sie erscheint wöchentlich und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Reiseposture zum Preise von 3 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. — Aus dem Inhalt haben wir hervor: Ein proletarischer Gedentung. — Finanzpolitik und Aktien. Von K. Kautsky. (Fortsetzung). — Amerikanische Tendenzen im russischen Kapitalismus. Von G. Westwall. (Schluß der zweiten Teil). — Kinderarbeit in Desterreich. Von Emma Freundlich. — Literarische Rundschau: Georg Dantschig, Das Brautkapital und seine Anappen. U. Kofke, Arbeitervereinerhebung und Alkoholismus. Von Ernst Wehlich. Dr. Ernst Feilbing, Das Otrei der Galt Freiburg im Breisgau in seiner geschichtlichen Entwicklung. Von Jean Martin. — Zeitschriftenkunde.

Der Jahressbericht für 1910 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist eingegangen.